

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 149

WINTER 2002/2003

€ 0,50

Löhne, Renten, Gesundheit, Arbeitsplätze ... SPD, Grüne, PDS erklären Krieg gegen Arbeiter, Immigranten

Die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung ist schon wenige Wochen nach ihrer knappen Wiederwahl so unpopulär wie noch nie eine Bundesregierung in so kurzer Zeit vor ihr. Insbesondere die SPD sackt Woche für Woche tiefer in den Umfragewerten und erste Rücktrittsdrohungen von Kanzler Schröder machen die Runde, während der Steuersong des Schröder-Imitators Elmar Brand die Hitparaden stürmte und wochenlang einsam an der Spitze stand. Die SPD hat die

Wahlen nur gewonnen, weil sie in buchstäblich letzter Minute ihre Opposition zu einem US-Krieg gegen den Irak zum zentralen Thema ihres Wahlkampfes machte. Sie knüpft

Verteidigt Irak gegen imperialistische Angriffe!

te damit an die sehr berechtigten Kriegsängste breiter Teile der Bevölkerung und der Arbeiterklasse an, die aus zwei für den deutschen Imperialismus verlorenen Weltkriegen resultieren.

Ließen sich mit der Außenpolitik die Wahlen gewinnen, so hat die Wirtschaftskrise mit der seit mehr als zehn Jahren sehr hohen Arbeitslosenzahl von offiziell rund vier Millionen und einem neuerlichen massiven Anstieg die Regierung sehr schnell wieder eingeholt. Wie es ein SPD-Abgeordneter laut *Spiegel* deutlich ausdrückte, kommt nach dem Krieg auf dem Balkan und in Afghanistan „jetzt der Krieg im Inland“ als



R. Geisheimer/ATTENZIONE

Bochum, Dezember 2002: Kundgebung während ver.di-Warnstreik

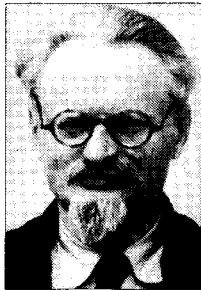
Drohung, den Tarifvertrag zu kündigen, Arbeitszeiten zu verlängern und Löhne drastisch zu kürzen. Dagegen wächst aber auch die Kampfschlossenheit in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes. Ver.di kündigte einen harten Winter an, wenn nicht eine dreiprozentige Lohnerhöhung erreicht wird.

Die Opposition von SPD und Grünen gegen einen US-geführten Krieg hat in keiner Weise irgendetwas mit einer Besorgnis um die irakische Bevölkerung zu tun, wie das von ihnen unterstützte UN-Hungerembargo gegen den Irak deutlich zeigt. Hierdurch kamen seit seiner Verhängung 1991 bis jetzt 1,5 Millionen Iraker, darunter 500 000 Kinder, ums Leben. In der entscheidenden Phase während der Proteste gegen den ersten Krieg gegen den Irak 1991 forderte die PDS das UN-Hungerembargo als angeblich friedliche Alternative zu den damaligen US-Bombardierungen. *Nieder mit dem UN-Hungerembargo!* Seit der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion Anfang der 90er-Jahre bröckelt der Kitt, der die Allianz der Imperialisten

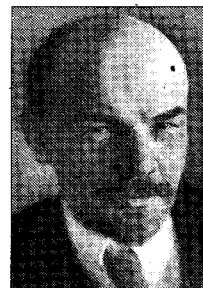
Fortgesetzt auf Seite 12

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Pazifismus, Imperialismus und Krieg



Angesichts des drohenden US-Kriegs gegen den Irak verteidigen wir dieses halbkoloniale Land militärisch, ohne dem blutigen Hussein-Regime die geringste politische Unterstützung zu geben. Wiederholt kamen wir in Diskussionen mit Jugendlichen, die vehement jeden Krieg an sich verurteilen wollten und nach einer „pazifistischen“ Alternative suchen. In der unten abgedruckten Schrift an den Antikriegskongress in Amsterdam 1932 betonte der russische Revolutionär Leo Trotzki, dass der einzige Weg, die Drohung des imperialistischen Kriegs endgültig zu beseitigen, der revolutionäre Sturz der bürgerlichen Ordnung ist. Pazifistische Illusionen sind ein Hindernis dafür, das Proletariat zum Sturz der Bourgeoisie zu mobilisieren.



TROTZKI

„Die einflussreichste Kraft des Pazifismus ist die Sozialdemokratie. In einer friedlichen Periode geizt sie nicht mit billigen Tiraden gegen den Krieg. Aber sie bleibt der ‚nationalen Verteidigung‘ verpflichtet. Das ist entscheidend. Jeder Krieg, was auch immer sein Ursprung sein mag, bedroht jede der kriegführenden Nationen. Die Imperialisten wissen schon von vornherein, dass sich der Pazifismus der Sozialdemokratie beim ersten Kanonendonner in den unterwürfigsten Patriotismus verwandeln und die wichtigste Reserve des Militarismus werden wird. Darum ist der unnachgiebigste Kampf gegen den Pazifismus, der seinen betrügerischen Charakter entlarvt, der allererste Schritt in Richtung eines revolutionären Kampfes gegen den Krieg.

Der Völkerbund [Vorläufer der UNO] ist das Bollwerk des imperialistischen Pazifismus. Er stellt eine vorübergehende historische Kombination kapitalistischer Staaten dar, wo die Stärkeren das Kommando haben und die Schwächeren aufkaufen, dann auf ihrem Bauch vor Amerika kriechen oder versuchen, Widerstand zu leisten; wo alle gleichermaßen Feinde der Sowjetunion sind, aber bereit, jederzeit jedes Verbrechen zu decken, das von den Mächtigsten und Raubgierigsten unter ihnen verübt wird. Nur wer politisch blind ist, nur wer vollkommen hilflos ist oder wer bewusst das Gewissen der Bevölkerung korrumpiert, kann der Meinung sein, dass der Völkerbund direkt oder indirekt, heute oder morgen, ein Instrument des Friedens sein kann...

Ohne das leiseste Vertrauen in die kapitalistischen Programme für Entwaffnung oder Waffenbeschränkungen stellt das revolutionäre Proletariat nur eine einzige Frage: *In wessen Händen sind die Waffen?* Jede Waffe in den Händen der Imperialisten ist eine Waffe, die sich ge-

LENIN

gen die Arbeiterklasse richtet, gegen die schwachen Nationen, gegen den Sozialismus, gegen die Menschheit. Waffen in der Hand des Proletariats und der unterdrückten Nationen sind das einzige Mittel, um unseren Planeten von Unterdrückung und Krieg zu befreien.

Der Kampf für die Selbstbestimmung der Nationen, für alle Menschen, für alle, die unterdrückt sind und nach Unabhängigkeit streben, ist einer der wichtigsten Aspekte des Kampfes gegen den Krieg. Wer direkt oder indirekt das System der Kolonisierung und Protektorate unterstützt, die Herrschaft des britischen Kapitals in Indien, die Herrschaft Japans in Korea oder der Mandchurei, Frankreichs in Indochina oder in Afrika, wer nicht gegen koloniale Versklavung kämpft, die Aufstände der unterdrückten Nationen und ihre Unabhängigkeit nicht unterstützt, wer Ghandis Politik verteidigt oder idealisiert, das heißt die Politik des passiven Widerstands bei Fragen, die nur durch Waffengewalt gelöst werden können, ist, ob nun mit guten oder schlechten Absichten, ein Handlanger, ein Apologet, ein Agent der Imperialisten, der Sklavenhalter, der Militaristen, und hilft ihnen so, neue Kriege vorzubereiten für ihre alten oder neuen Ziele.

Die Hauptkraft gegen den Krieg ist das Proletariat. Nur durch sein Beispiel und unter seiner Führung können die Bauern und andere Volksschichten der Nation gegen den Krieg aufstehen... In der Frage des Krieges, die die andere Seite der Frage der proletarischen Revolution ist, wird die unversöhnliche Gegnerschaft zwischen Kommunismus und Sozialpatriotismus ihren zugespitztesten Ausdruck erreichen.“

Leo Trotzki, *Declaration to the Antiwar Congress at Amsterdam*, 25. Juli 1932

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Sylvia Kint

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist.redaktion@freenet.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10557 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 149

WINTER 2002/2003

Schließ dich der Spartakist-Jugend an!

Das Ziel der Spartakist-Jugend ist es, Jugendliche durch Studium sowie aktive politische Intervention in marxistischer Politik auszubilden. Wir kämpfen dafür, Jugendliche zu der Perspektive zu gewinnen, eine revolutionäre Partei aufzubauen. Dafür beteiligen wir uns an sozialen Kämpfen auf der Universität sowie von Arbeitern und Unterdrückten. Wir sind die Jugendorganisation der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), der deutschen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Die Spartakist-Jugend ist eine Übergangsorganisation, sie ist organisatorisch unabhängig von der SpAD und kämpft mit ihr Seite an Seite auf der Basis unseres gemeinsamen proletarischen, revolutionären und internationalistischen Programms, des Programms von Marx, Engels, Lenin

und Trotzki, für neue sozialistische Revolutionen weltweit. Unser Vorbild ist die russische Oktoberrevolution 1917. Wir streben danach, Jugendliche und Studenten für die aktive Unterstützung der Arbeiterklasse zu gewinnen. Wir führen politische Kämpfe gegen linke Organisationen, die mit ihrem reformistischen Programm versuchen, die Wut der Jugendlichen auf diese Gesellschaft in Unterstützung der Sozialdemokratie zu kanalisieren. Die Sozialdemokratie ist eine der letzten Stützen des verfaulenden Kapitalismus.

Wenn du mit dem folgenden Programm übereinstimmst und für eine sozialistische Zukunft, frei von kapitalistischer Ausbeutung, rassistischer Unterdrückung und imperialistischer Schlächtereier, kämpfen willst, dann tritt in die Spartakist-Jugend ein.

Zehn-Punkte-Programm

1 Mobilisiert Jugendliche und Studenten hinter der sozialen Macht der multiethnischen Arbeiterklasse mit ihrem riesigen revolutionären Potenzial! Sie ist fähig, den kapitalistischen Staat hinwegzufegen! Dieser Staat, der im Wesentlichen aus Bullen, Gerichten, Gefängnissen und der Armee besteht, ist das ausführende Organ der herrschenden Klasse, ein Instrument der organisierten Gewalt der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten. Er muss durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden! Kein Vertrauen in die kapitalistischen Bullen und Gerichte, denn der Staat ist nicht neutral! Verteidigt die Opfer von rassistischem Staatsterror! Freiheit für alle linken Gefangenen! Weg mit den „Anti-Terror“-Paragraphen 129, 129a und 129b! Für das Recht, Waffen zu tragen, und das Recht auf Selbstverteidigung! Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um Nazis zu stoppen! Man kann Faschisten nicht durch Verbotsappelle an den kapitalistischen Staat bekämpfen. Die Nazi-Mörderbanden sind die Reservearmee der Kapitalisten zum Angriff gegen Immigranten, Linke und die

Arbeiterbewegung und keine Gesprächspartner. Das Proletariat ist international und multiethnisch. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

2 Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es bis hierher geschafft haben! Nieder mit dem rassistischen „Zuwanderungsgesetz“! Nieder mit dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz und der rassistischen Rasterfahndung! Stoppt Abschiebungen durch Arbeiteraktionen! Ethnische Minderheiten bilden einen strategisch wichtigen Teil der Arbeiterklasse. Sie stehen an vorderster Front des Klassenkampfes und bilden eine entscheidende Brücke zur internationalen Arbeiterklasse. Nieder mit dem rassistischen Arbeitsverbot für Flüchtlinge! Weg mit dem Verbot von linken Organisationen wie der PKK und anderen kurdischen Vereinen! Für das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation!

3 Für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Organisiert die Unorganisierten! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Nicht Alt gegen Jung, nicht Ost gegen West, nicht Männer gegen Frauen oder Deutsche gegen Immigranten, sondern Klasse gegen Klasse! Für eine revolutionäre, klassenkämpferische Gewerkschaftsführung! Streikpostenkettens werden nicht überquert! Für gewerkschaftliche Kontrolle über Einstellungen! Arbeit für alle zu gewerkschaftlich festgelegten Löhnen! Bullen und Wachschutz raus aus den Gewerkschaften! Der kapitalistische Staat und seine Gerichte haben in den Gewerkschaften nichts zu suchen! Für revolutionären Klassenkampf, um alle gewerkschaftsfeindlichen Gesetze hinwegzufegen!

4 Deutschland ist ein imperialistisches Land im chronischen kapitalistischen Verfall. Wir kämpfen für den Sturz des deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Die Europäische Union ist ein imperialistisches Bündnis europäischer Kapitalisten, dominiert vom deutschen

Fortgesetzt auf Seite 4



Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend Hamburg

Donnerstag, 9. Januar, 18 Uhr

**Für Frauenbefreiung durch
sozialistische Revolution!**

Donnerstag, 30. Januar, 18 Uhr

**Verteidigt China gegen innere
und äußere Konterrevolution!**

Treff: Universität Hamburg, vor der Teestube
im Pferdestall, Allendeplatz 1
Kontakt: (0 40) 32 36 44



Berlin, Juni 2002: Spartakist-Jugend mobilisiert Studenten zur Unterstützung des Streiks der IG-Metall

Zehn-Punkte-Programm...

Fortsetzung von Seite 3

Imperialismus, das den Krieg gegen Immigranten weiter verschärft als Speerspitze eines Angriffs gegen das Proletariat als Ganzes. Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Nein zu europäischen „Krisenreaktionskräften“! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Nach der Konterrevolution 1990 strebt der deutsche Imperialismus danach, eine größere Rolle in der Welt zu spielen. Alle Bundeswehr/UN/NATO/OSZE-Truppen raus aus dem Balkan, Afghanistan und dem Nahen Osten! Keinen Mann, keinen Cent für die Bundeswehr! Nieder mit der Wehrpflicht und jedem Zwangsdienst! Kommunisten gehen nicht als Freiwillige in die bürgerliche Armee. Wenn wir jedoch in die

Bundeswehr eingezogen werden, gehen wir als revolutionäre Marxisten gemeinsam mit der Arbeiterklasse. In einer revolutionären Situation ist der Schlüssel zum proletarischen Sieg, die Armee entlang der Klassenlinie zu spalten. Die UNO ist eine Höhle imperialistischer Räuber und ihrer Verbündeten und handelt gegen Arbeiter und Unterdrückte weltweit.

5 Verteidigt die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949, die die Herrschaft der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zerschlug und die Produktionsmittel kollektivierte! Für die bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Vietnam und Kuba gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution im Innern! Für die Errichtung von Regierungen der Arbeiterdemokratie, basierend auf Arbeiterräten und dem Prinzip des proletarischen Internationalismus! Die kapitalistische Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa hat zu verschärfter kapitalistischer Ausbeutung, verstärktem rassistischen Terror, einer Zunahme imperialistischer Kriege, Massenarbeitslosigkeit und massiven Angriffen auf die Rechte der Frauen geführt. Wir kämpften 1989/90 für ein Rotes Rätedeutschland: für eine politisch-proletarische Revolution im deformierten Arbeiterstaat DDR, um die stalinistische Bürokratie hinwegzufegen, und für eine sozialistische Revolution in der BRD, um die Kapitalisten zu stürzen. Die SED-PDS war entscheidend dafür verantwortlich, die prokommunistischen Arbeiter der DDR in die Konterrevolution zu treiben und die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz auszuverkaufen. Die SPD war das trojanische Pferd der Konterrevolution! Es war nur die IKL, die gegen die Konterrevolution gekämpft hat und darum rang, der Arbeiterklasse revolutionäre Führung zu geben.

6 Die Rote Armee zerschlug das Naziregime! Die deutsche Bourgeoisie hat die alleinige Verantwortung für den Holocaust! Nur Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocausts rächen! Wir sind die konsequentesten Gegner von Antisemitismus und stehen an vorderster Front im Kampf gegen dieses Gift, das die Unterdrückten spalten soll. Die Lüge von der Kollektivschuld aller Deutschen am Holocaust dient dazu, die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie von Auschwitz zu ketten und diese von jeder Verantwortung am Nazivölkermord zu befreien. Dieselben deutschen Imperialisten, die Hitler an die Macht gebracht hatten, waren nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich am Aufbau des zionistischen Staates Israel beteiligt, der seit seiner Gründung die Palästinenser mit Nazi-Methoden blutig unterdrückt. Verteidigt das palästinensische Volk! Antizionismus ist nicht Antisemitismus! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten! Keine Illusionen in die UNO! Für den Aufbau trotzkistischer Avantgardeparteien im Nahen Osten! Für das Recht auf Selbstbestimmung sowohl des hebräisch-sprachigen als auch des palästinensischen Volkes in einer Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens! Für sozialistische Revolution gegen die zionistischen Schlächter und die Emire, Scheichs, Obristen und Mullahs, die die arabischen arbeitenden Massen unterdrücken.

7 Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Für kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr auf höchstem Niveau! Für kostenlose hochwertige Gesundheitsversorgung! Weg mit dem reaktionären Ladenschlussgesetz! Die Familie ist das Hauptinstrument zur Unterdrückung der Frauen.

Fortgesetzt auf Seite 23



Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend Berlin

Donnerstag, 16. Januar, 18 Uhr

**Stoppt Nazis durch Arbeiter/
Immigranten-Mobilisierungen!**

Donnerstag, 30. Januar, 18 Uhr

**Wir sind die Partei
der Russischen Revolution**

Donnerstag, 13. Februar, 18 Uhr

**Verteidigt China gegen innere
und äußere Konterrevolution!**

Donnerstag, 27. Februar, 18 Uhr

**Für Gewerkschaftsaktionen gegen
rassistischen Staatsterror!**

Treff: Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 208
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Schilys Sicherheitsgesetze: Bedrohung für alle! Verteidigt Immigranten! Verteidigt demokratische Rechte!



Spartakist



Langbehn / Action Press

Berlin, 21. September: Flüchtlingsdemo gegen rassistische Politik der SPD/Grünen-Regierung. Rechts: Hamburg, 4. November – Schills Bullenterror gegen Bambule-Demos soll soziale Kämpfe einschüchtern

In den frühen Morgenstunden des 14. November stürmten und durchsuchten etwa 150 Polizeikräfte in München den Kulturverein „Med-Kulturhaus“ und die Wohnungen von über 30 Vereinsmitgliedern. Die Polizei beschlagnahmte Computer, Handys, Faxgeräte und Zeitungen und hinterließ die Räume verwüstet; Vereinsunterlagen und Bücher lagen überall auf dem Fußboden und in den Toiletten verstreut. Ein Sehbehinderter wurde von Zivilbulln in seiner Wohnung festgenommen und vier Stunden lang verhört. Insgesamt wurden im Zusammenhang mit der Razzia fünf Menschen festgenommen. Die Razzia wurde im Rahmen des Paragraphen 129 durchgeführt, der es zu einem Verbrechen macht, eine verbotene „kriminelle“ Organisation zu unterstützen – in diesem Fall die Kurdische Arbeiterpartei (PKK). Wir haben gegen das Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine seit dem Erlass im November 1993 gekämpft und wenden uns genauso gegen das Verbot der türkischen guevaristischen Organisation Devrimci Sol durch die deutsche Regierung. Diese Verbote wurden erlassen, um kurdische und auch türkische Arbeiter, die einen strategischen Teil der Industriearbeiterklasse in Deutschland ausmachen, einzuschüchtern und zu unterdrücken. Während wir uns politisch gegen das Programm des kleinbürgerlichen Nationalismus und des guevaristischen Guerillakampfes wenden, wollen wir türkische Linke gewinnen für den Kampf gegen die türkische herrschende Klasse und ihre chauvinistische Unterdrückung der Kurden, für den Kampf für das Recht auf nationale Selbstbestimmung für die Kurden. Wir wenden uns gegen die Verbote der PKK und der anderen kurdischen und türkischen Organisationen nicht nur weil sie rassistisch und gegen Immigranten gerichtet

sind, sondern auch, weil sie sich gegen die Arbeiterbewegung als Ganzes richten.

Nach dem kriminellen Anschlag auf das World Trade Center benutzte die SPD/Grünen-Regierung die chauvinistische Hysterie und heizte sie an, um die repressive Macht des Staates um ein Vielfaches zu steigern und einen breiten Angriff auf demokratische Rechte zu starten, der zuallererst gegen Immigranten und ethnische Minderheiten gerichtet ist. Während sich die SPD/Grünen-Regierung zurzeit gegen den US-Krieg gegen Irak stellt, war die erste Legislaturperiode dieser Regierung gekennzeichnet durch die erweiterte Rolle des deutschen Imperialismus im Ausland: Sie bombardierte Serbien und stationierte deutsche Truppen auf dem Balkan und gab volle Unterstützung für den „Krieg gegen Terror“ mit der Entsendung von Truppen nach Afghanistan. Die zweite Legislaturperiode wird wohl gekennzeichnet werden durch den Versuch, den deutschen Imperialismus im eigenen Land zu stärken, indem die Arbeiterklasse unter Beschuss genommen wird, um die Profiteure der Kapitalisten zu erhöhen. Der „Krieg gegen Terror“ und die Angriffe, die momentan hauptsächlich gegen Immigranten und ethnische Minderheiten gerichtet sind, sind Mittel der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse zu atomisieren. Ein effektiver Kampf gegen diese Angriffe kann nur siegreich sein, wenn er sich auf die Basis der gemeinsamen Interessen der multiethnischen Arbeiterklasse stellt. Von zentraler Bedeutung für den Kampf gegen den „Krieg gegen Terror“ hier ist der Kampf für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und gegen die Zerschlagung der demokratischen Rechte. Gleichzeitig wollen wir fortgeschrittene Arbeiter und andere Unterdrückte

Fortgesetzt auf Seite 6

Verteidigt Immigranten...

Fortsetzung von Seite 5

dafür gewinnen, sich gegen den deutschen Imperialismus im Ausland zu stellen, den Abzug der deutschen Truppen aus dem Balkan, dem Nahen Osten und Afghanistan zu fordern und den Irak gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen, ohne dem Schlächter Hussein auch nur die geringste politische Unterstützung zu geben.

Rassistische Rasterfahndung bedroht Arbeiter, Immigranten

Die Rasterfahndung ist das weitestgehende Beispiel, wie Immigranten besonders aus muslimischen Ländern rassistisch aufs Korn genommen werden als potenzielle „Feinde im Innern“. Nach dem Vorbild der Rasterfahndung in den 70er-Jahren, mit der RAF-Mitglieder gefunden werden sollten, ist die Neuauflage ausdrücklich rassistisch, da Daten von Leuten, die aus hauptsächlich muslimischen Ländern kommen und die legal in Deutschland leben, gesammelt werden. In Nordrhein-Westfalen wurden über 4,5 Millionen Datensätze gesammelt, bundesweit 6 Millionen. Besonders an den Universitäten traf die Rasterfahndung auf Widerstand von Studentengruppen und ASten. So initiierte die Spartakist-Jugend in Hamburg einen Einheitsfrontprotest, wo wir davor warnten, wie die ASten Vertrauen in die Gerichte zu setzen, dass diese die Rasterfahndung stoppen würden. Trotz einer Reihe von Fällen in Berlin, wo Studenten Gerichtsentscheidungen erreichten, die die Rasterfahndung für illegal erklärten, machte der Berliner Innensenator einfach weiter und behauptete, dass diese Entscheidungen nur die Studenten betreffen, die vor Gericht gegangen waren. Andere Bundesländer haben einfach behauptet, dass sie die Sammlung der Daten schon abgeschlossen hätten. Im Gegensatz dazu unterstrich der Protest der Spartakist-Jugend die Notwendigkeit, gegen diese rassistische Staatsrepression zu mobilisieren, und gewann die Unterstützung von iranischen und togoischen Studentengruppen.

Die Rasterfahndung ist keineswegs nur auf Studenten beschränkt, sondern richtet sich auch gegen ausländische Arbeiter in Versorgungs- und Abfallbeseitigungsfirmen, in Atomkraftwerken, Flughafen-, Kommunikations- und Securityfirmen. In einer Art inoffizieller Rasterfahndung verlangte das Bundeskriminalamt (BKA) die Daten der Mitarbeiter von 4000 weiteren Firmen, die nicht durch die Rasterfahndung abgedeckt waren. 212 Firmen kamen der Anfrage nach und übergaben die Daten ihrer Arbeiter nach



Workers Vanguard

Einheitsfrontdemo in der Bay Area, USA, 9. Februar 2002: Nieder mit der Anti-Immigranten-Hexenjagd!

den Kriterien: männlich, 18 bis 40 Jahre alt mit Herkunft aus arabischen oder zentralasiatischen Ländern. Laut *Wall Street Journal* gehörten zu den Firmen, die freiwillig der Forderung des BKA nachkamen, Siemens, Bayer und Luftansa, einige von Deutschlands größten und wichtigsten Firmen. Allein der Konzern „Energie Baden-Württemberg“ gab die Daten von 45 000 Arbeitern weiter. Thomas Stach von der Vereinigung Hessischer Unternehmerverbände erklärte, dass viele kleine Firmen nicht auf die BKA-Anfrage reagierten, denn „dadurch könnte schnell der Betriebsfrieden gestört werden“. Es ist *bezeichnend*, dass zu den Firmen, die mit dem BKA zusammenarbeiteten, zum Beispiel Luftansa gehört, deren Piloten erfolgreich für höhere Löhne gestreikt haben. Ganz klar begrüßen diese Firmen die Hilfe der Regierung im Kampf gegen eine militante Belegschaft.

Am 11. Oktober erklärte die *Frankfurter Rundschau*, dass durch die Rasterfahndung bis jetzt kein mutmaßlicher Terrorist oder Unterstützer gefunden wurde. Aber die Auswirkungen der Rasterfahndung sind immens. Es gibt in Deutschland wohl keinen Einzigen, der auch nur entfernt so aussieht, als ob er aus einem muslimischen Land stammen könnte, und nicht Zielscheibe von rassistischen Sprüchen oder Polizeikontrollen wurde oder einen Freund oder Verwandten hat, der Zielscheibe solcher rassistischen Diskriminierung seit dem 11. September wurde. Der Zweck der Rasterfahndung ist es, ganze Schichten der Bevölkerung einzuschüchtern. Das wirft ein Licht darauf, wen die Regierung wirklich als ihren inneren Feind ansieht. Die jetzigen repressiven Maßnahmen verschärfen und erweitern die Art von Unterdrückung, der sich viele türkische und kurdische Arbeiter schon jahrelang ausgesetzt sehen. Der Paragraph 129 wird seit Jahren gegen kurdische Arbeiter benutzt und zahlreiche Menschen wurden abgeschoben, denen in der Türkei Folter und Tod droht. Eine leninistische multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei, die als Volkstribun handelt, hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse in Deutschland von der Sozialdemokratie zu brechen und zur sozialistischen Revolution zu führen. In diesem Kampf wollen wir türkische und kurdische Arbeiter mobilisieren, die einen fortgeschrittenen und kämpferischen Teil des Proletariats bilden.

Schilys Sicherheitspaket – die Rasterfahndung ist nur ein Teil davon – ist breit gefächert. Bereits bestehende Gesetze, die wie die Paragraphen 129 und 129a benutzt werden, um Linke und die Arbeiterbewegung zu kriminalisieren, wurden erweitert. Die Machtbefugnisse der Bundes- und Landespolizei, die Bevölkerung auszuspionieren, und die juristischen Kompetenzen der Polizei wurden erweitert. Die Ausländergesetze wurden durch Hunderte Hinzufügungen und Änderungen verschärft. Die SPD/Grünen-Regierung hat nicht nur sichergestellt, dass diejenigen Immigranten, die kürzlich die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen haben, diese wieder entzogen werden kann; die Regierung hat auch die Palette der Gründe, die zur Abschiebung führen können, ausgedehnt. So können jetzt Flüchtlinge, die nach der Genfer Konvention vor einer Abschiebung geschützt sein sollten, abgeschoben werden, wenn „Fakten“ vorliegen, dass der Betroffene Unterstützer einer Organisation ist, die von der deutschen Regierung als terroristisch bezeichnet wird. Darüber hinaus kann die Ausstellung von Visa und die Reisefreiheit innerhalb der EU eingeschränkt werden. Solche Maßnahmen wurden schon unzählige Male angewendet, um Antiglobalisierungs-Demonstranten daran zu hindern, nach Genua oder Prag zu reisen, oder um Kurden aus benachbarten Ländern daran zu hindern, in Deutschland an Protesten gegen die staatliche Repression in der Türkei und Deutschland teilzunehmen. Nicht ohne Grund sprechen Flüchtlingsorganisationen davon, dass Asylbewerber die Ersten sind, die von den neuen Repressionsgesetzen betroffen sind. Denn diese Gesetze beinhalten

Pläne für zentrale „Sammellager“ in jedem Bundesland, in dem von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge interniert und zusammengepfercht werden sollen.

Nieder mit dem Gesinnungsparagrafen 129!

Die Gesetze, die mit dem „Otto-Katalog“ in Kraft gesetzt werden, sind in keiner Weise neu. Viele davon lagen schon in der Schublade und wurden einfach durchgedrückt, als sich nach dem 11. September die Gelegenheit dazu bot. Die existierenden Paragraphen 129 und 129a, nach denen die Gründung von, die Mitgliedschaft in, Unterstützung für und Hilfeleistungen an eine Organisation, die als kriminell (129) oder terroristisch (129a) eingestuft wird, strafbar ist, mussten tatsächlich kaum geändert werden, weil ihre ursprüngliche Bandbreite schon so groß war. Der neue Paragraph 129b weitet einfach die existierenden Paragraphen auf Organisationen außerhalb Deutschlands aus. Die ganze Geschichte der Anwendung dieser Paragraphen zeigt ganz klar, dass ihr Zweck darin besteht, es der Regierung zu erlauben, ihre echten und eingebildeten Feinde in der Arbeiterbewegung und Linken auszuspionieren und einzusperren. Die Definition einer terroristischen Organisation ist laut Paragraph 129a jeglicher „auf eine gewisse Dauer angelegter Zusammenschluss von mindestens drei Personen“, deren Absichten oder Aktionen von Mord über Geiselnahme bis hin zur Störung der öffentlichen Dienste reichen. Dieser Gummiparagraph ist so formuliert, damit die Regierung jeden angreifen kann, den sie will. So kann dieses Gesetz der Regierung die juristische Handhabe bieten, streikende Arbeiter im öffentlichen Dienst anzugreifen. Mit den Paragraphen 129a und b könnte sie auch jede politische Organisation verbieten, die irgendwo auf der Welt den Kampf von Unterdrückten unterstützt. Aber das ist nichts Neues. Schon August Bebel und Wilhelm Liebknecht wurden 1872 ins Gefängnis geworfen, als sie die Pariser Kommune unterstützten. Der Hauptfeiler der politischen Verfolgung im deutschen Kaiserreich waren die „Sozialistengesetze“ von 1878 bis 1890, die benutzt wurden, um die SPD, die damals noch nicht auf die Seite der deutschen Bourgeoisie übergelaufen war, anzugreifen. Versuche, die

SPD am Leben zu erhalten, wurden mit Gefängnisstrafen nach dem Paragraphen 129 geahndet. In der Weimarer Republik wurde 1925 ein Schauspieler ins Gefängnis geworfen, weil er eine Gedenkveranstaltung für den siebten Jahrestag der bolschewistischen Revolution abhielt, wo er Gedichte vortrug. In den 50er- und 60er-Jahren spielte der Paragraph 129 eine wichtige Rolle beim Verbot der KPD und der Kriminalisierung jeder Unterstützung für sie, wie etwa dem Verkauf ihrer Zeitung.

Zu Recht werden diese Paragraphen als „Gesinnungsparagraphen“ angesehen. Leute, die im Fadenkreuz des Staates stehen, können allein auf Grundlage ihrer Überzeugungen und Zugehörigkeit ins Gefängnis geworfen werden, ohne Beweise, dass sie irgendeine terroristische Tat begangen haben. Die Paragraphen statten die staatlichen Behörden mit einem alarmierenden Arsenal an Waffen aus, mit dem verdächtige Menschen „überwacht“ werden können. Dies reicht von Observation, Abhören und Videoaufnahmen – nicht nur der verdächtigten Person, sondern auch von Leuten, gegen die keinerlei Verdacht vorliegt, wie Eltern oder politische Zentren, die die Person besucht – bis zu Häuserrazzien, Polizeikontrollen und Durchsuchungen in der Öffentlichkeit sowie Polizeimaßnahmen, die Millionen betreffen wie die Rasterfahndung. Wenn man sich die Ergebnisse der Verfolgungen nach den Paragraphen 129 und 129a anschaut, wird klar, dass es deren Hauptaufgabe ist, politische Milieus einzuschüchtern und auszuspionieren. So wurden zwischen 1990 und 1999 nur drei Prozent der 1362 Leute, gegen die Anklagen erhoben wurden, auch tatsächlich verurteilt. Normalerweise beträgt die Rate der Verurteilungen in den Gerichten ungefähr 45 Prozent.

Freiheit für die Gefangenen der RZ, RAF!

Der Berliner Prozess gegen die angeblichen Mitglieder der Revolutionären Zellen (RZ) illustriert die Anwendung des Paragraphen 129 als Verschwörungsgesetz, um Leute ohne Beweise, dass sie irgendein Verbrechen begangen haben, einzusperren und wegen ihrer „Gesinnung“ anzuklagen. Die Angeklagten sitzen seit drei Jahren im Gefängnis,
Fortgesetzt auf Seite 24

Spartakist grüßt die neuen Leser!



Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	170	180	106 %
Hamburg	110	156	142 %
Auf Entfernung	20	9	45 %
Gesamt	300	345	115 %

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

149

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Neues Buch der Prometheus Research Library

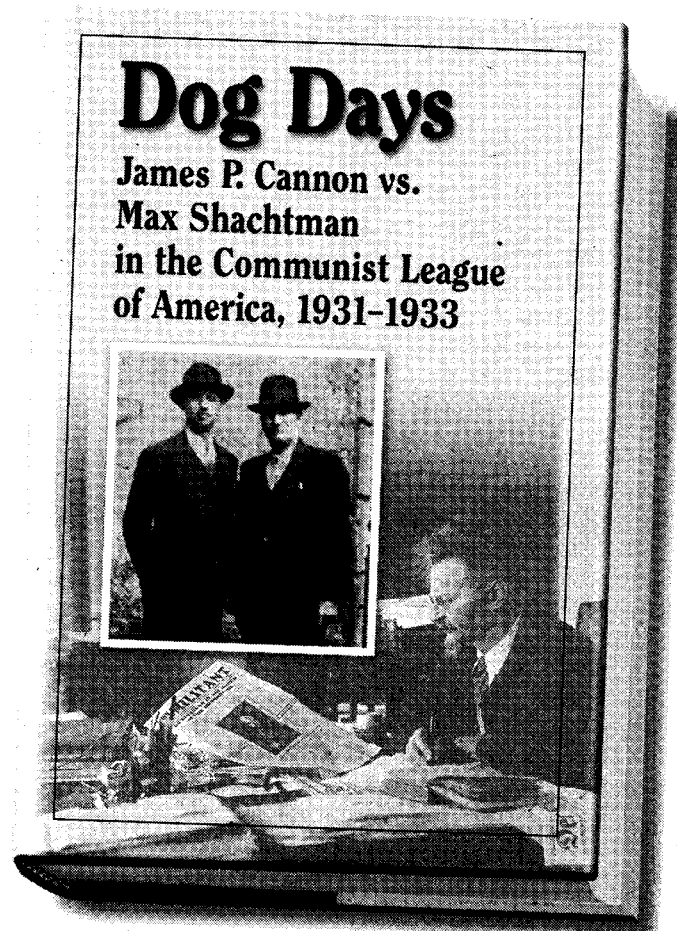
herausgegeben von der Spartacist Publishing Company

Von 1931 bis 1933, in einer Phase der Stagnation, die James P. Cannon später treffend als die „Hundstage der Bewegung“ bezeichnete, unterzog ein heftiger Kampf die amerikanische trotzkistische Organisation, die Communist League of America, einer Zerreißprobe. Die CLA war die nordamerikanische Sektion der Internationalen Linken Opposition, die wenige Monate nach der Vertreibung des russischen revolutionären Führers Leo Trotzki aus der UdSSR ins Exil gegründet worden war.

Wie die Briefe, Artikel, Rundschreiben und Protokolle in dieser Sammlung enthüllen, näherten sich die beiden CLA-Fraktionen um Cannon auf der einen Seite und Max Shachtman auf der andern Anfang 1933 dem Rande eines organisatorischen Bruchs, einer Spaltung, die, wie Trotzki befürchtete, den amerikanischen Trotzkismus zu einer Totgeburt werden lassen konnte. Trotzki's scharfes Eingreifen durchbrach 1933 den ausweglosen Flügelstreit und versetzte die amerikanischen Trotzkisten in die Lage, in den aufkommenden Klassenschlachten zu intervenieren. Unter anderem bestand ihre Arbeit auch aus einer Propagandakampagne gegen den Aufstieg des Hitlerfaschismus in Deutschland, in der sie die kriminelle Tatenlosigkeit der stalinisierten Kommunistischen Internationale entlarvten. Ihre spätere Arbeit beinhaltete die Fusion mit der American Workers Party von Muste und die Führung des erfolgreichen Streiks der Teamster (Lastwagenfahrer) von Minneapolis.

Das Buch in englischer Sprache enthält:

- 118 Dokumente, darunter Briefe Trotzki's zu internationalen Fragen, einige davon hier erstmals veröffentlicht,
- eine ausführlich dokumentierte Einleitung und erklärende Anmerkungen,
- 16 Seiten historischer Fotografien und grafischer Darstellungen, einige davon bis jetzt nicht verfügbar oder nie zuvor veröffentlicht,
- Glossar mit über 175 Eintragungen,
- 15-seitiger, durchgängig mit Querverweisen versehener Index.



Soeben erschienen!

€ 31,- Leinen ISBN 0-9633828-7-X

€ 20,50 kartoniert ISBN 0-9633828-8-8

752 Seiten

zuzüglich Versandkosten € 4,50 pro Band Leinen

zuzüglich Versandkosten € 2,- pro Band kartoniert

Die Prometheus Research Library ist eine aktive Forschungseinrichtung für ein breites Spektrum marxistischer Studien sowie das Hauptarchiv der Spartacist League/U.S. und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Datum _____

Ich bestelle **Dog Days**:

€ 31,- Leinen ___ Exemplare € 20,50 kartoniert ___ Exemplare

Name (Bitte in Druckschrift) _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon (_____) _____

149

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

US-Truppen raus aus Korea! Verteidigt Nordkorea!

Nachdem die Bush-Regierung im Februar den deformierten Arbeiterstaat Nordkorea als Teil einer „Achse des Bösen“ zusammen mit dem Iran und dem Irak verteufelt hatte, muss sie jetzt entscheiden, wie sie mit dem Eingeständnis Nordkoreas, ein „geheimes“ Atomwaffenprogramm zu haben, umgeht. Das Waffenprogramm wurde anscheinend bei einem Treffen mit dem Staatssekretär des US-Außenministeriums James A. Kelly in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang zugegeben, nachdem dieser nordkoreanische Regierungsbeamte mit US-Geheimdienstinformationen konfrontiert hatte, wonach es ein solches Programm gäbe. Doch Washingtons Säbelrasseln gegenüber Nordkorea unterscheidet sich im Ton eindeutig von den offenen Kriegsdrohungen und Provokationen gegenüber dem Irak. Nach einem Treffen mit NATO-Generalsekretär Lord Robertson gab George Bush folgende Erklärung von sich: „Das ist eine beunruhigende Entdeckung und wir wollen mit unseren Freunden zusammenarbeiten, um mit dieser Entdeckung umzugehen. Ich denke, wir können das friedlich erledigen.“

Die Bush-Regierung hat das nordkoreanische Regime beschuldigt, gegen ein Abkommen von 1994 verstoßen zu haben, das im Austausch gegen zwei Kernreaktoren und 500 000 Tonnen Heizöl pro Jahr die Einstellung der Produktion von waffenfähigem Atommaterial vorsieht. Kurz nach der Aussage Pjöngjangs hat Washington das Abkommen ursprünglich für „tot“ erklärt, dann aber einen Rückzieher gemacht, nachdem die Regierungen von Japan und Südkorea dabei nicht mitziehen wollten. Tatsächlich waren es die USA, die das Abkommen von 1994 gebrochen haben, indem sie unter anderem die versprochenen Reaktoren nicht gebaut haben. Wie in einer Erklärung der Regierung in Pjöngjang vom 25. Oktober zu lesen ist, kommt die Tatsache, dass die Bush-Regierung Nordkorea zur „Achse des Bösen“ zählt und das Land für einen potenziellen atomaren Erstschlag vorsieht – wie im „Nuclear Posture Review“ des Pentagon nachzulesen –, „einer eindeutigen Kriegserklärung“ gleich.

In der Erklärung hieß es weiter, dass Nordkorea „das Recht hat, nicht nur Atomwaffen zu besitzen, sondern auch jeden noch stärkeren Waffentyp, um seine Souveränität und sein Existenzrecht gegenüber der ständig wachsenden atomaren Bedrohung durch die USA zu verteidigen“. Tatsächlich kann die Bush-Regierung dem Irak nur deshalb ungestraft mit Krieg drohen, weil der Irak eben keine Atomwaffen und noch nicht einmal ein nennenswertes Arsenal an konventionellen Waffen hat. Ein Krieg gegen Nordkorea könnte zu erheblichen amerikanischen Opfern führen – und stellt eine ernste Bedrohung für die südkoreanische Hauptstadt Seoul dar, die nur 50 km von der „entmilitarisierten Zone“ entfernt ist, die Norden und Süden voneinander trennt. Daher soll es eher nach einem diplomatischeren Vorgehen aussehen.

Trotzdem ist das Ziel von Amerikas Herrschern, ob nun Demokraten oder Republikaner, weiterhin der Sturz der deformierten Arbeiterstaaten – in erster Linie die Volksrepublik China, aber auch Nordkorea, Vietnam und Kuba. Nordkorea hat das Abkommen von 1994 zur Einstellung seines Atomwaffenprogramms erst akzeptiert, nachdem der demokratische Präsident Bill Clinton Tarnkappenbomber



Seoul, im Februar 2002: Südkoreaner demonstrieren gegen Bush-Besuch

nach Südkorea verlegt hatte und bereit war, das nordkoreanische Reaktorgelände in Jongbjon zu bombardieren.

Die erneute Aggressivität des US-Imperialismus gegenüber Nordkorea unterstreicht die Pflicht für Revolutionäre, für die *bedingungslose militärische Verteidigung* des deformierten Arbeiterstaats Nordkorea gegen imperialistische Angriffe einzutreten. Nach der Befreiung von 35-jähriger japanischer Kolonialherrschaft am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde in der nördlichen Hälfte der koreanischen Halbinsel die kapitalistische Herrschaft gestürzt: Unter der sowjetischen Militärpräsenz und dem neu eingesetzten Regime von Kim Il Sung wurde die Macht der lokalen Kapitalisten und Landbesitzer gebrochen. Im Koreakrieg von 1950–53 versuchte der Imperialismus vergeblich, diese soziale Revolution und die Chinesische Revolution von 1949 rückgängig zu machen, verwüstete die Halbinsel, tötete *mehr als drei Millionen Menschen* und löschte ganze Städte aus, darunter Pjöngjang. Das sollte dazu dienen, dem amerikanischen Imperialismus nach dem Sieg von Maos Truppen einen wertvollen militärischen Stützpunkt auf dem

Fortgesetzt auf Seite 10

Verteidigt Nordkorea...

Fortsetzung von Seite 9

ostasiatischen Festland zu erhalten. Der Sturz des Kapitalismus im Norden war trotz der Herrschaft einer nationalistischen stalinistischen Bürokratie eine historische Niederlage für den Imperialismus und ein Sieg für die arbeitenden Menschen Asiens und der ganzen Welt.

Es war ebenfalls ein demokratischer Präsident – Harry Truman –, der den Koreakrieg startete: als eine „Polizeiaktion“ unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Zwar wettet jetzt die US-Regierung gegen „Massvernichtungswaffen“, doch es waren die USA, die in Korea Menschen lebendig verbrannt und ganze Städte durch massive Bombardements mit Napalm-Brandbomben eingeschert haben. So prahlte Curtis LeMay, ein General der Air Force, der später berüchtigt wurde für seinen Schwur, Vietnam „zurück in die Steinzeit“ zu bomben: „Wir haben in Nordkorea und auch in Südkorea jede Stadt niedergebrannt.“ Und davor waren es die US-Imperialisten, die 1945 Atombomben gegen die japanische Zivilbevölkerung in Hiroshima und Nagasaki eingesetzt haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die koreanische Halbinsel zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea im Norden und der Republik Korea im Süden, einem von der amerikanischen Armee besetzten kapitalistischen Polizeistaat, aufgeteilt. Vor dem Ausbruch des Koreakriegs wurde der Süden von schweren Bauernrevolten erschüttert. Und als die nordkoreanischen Truppen 1950 zur Wiedervereinigung des Landes einmarschierten, wurden sie als Befreier begrüßt. Die Hauptstadt des Südens, Seoul, wurde schnell überrannt, und die US-Truppen hielten bald nur noch einen kleinen Zipfel der Halbinsel. Sie wären ins Meer geworfen worden, hätten sich nicht die stalinistischen Bürokratien Moskaus und Beijings geweigert, der nordkoreanischen Armee den notwendigen militärischen Nachschub zu liefern.

Später, als ihre Truppen massiv verstärkt worden waren, marschierte die US-Armee auf den Fluss Jalu zu, der Korea von China trennt, und sahen sich einer Million Soldaten der Volksbefreiungsarmee gegenüber, die den Fluss überquert hatten, um China gegen Angriffe zu verteidigen. Wieder auf dem Rückzug konnten die USA nur ein Patt am 38. Breitengrad erreichen – was im Allgemeinen als Niederlage des US-Imperialismus in dieser ersten Schlacht des Kalten Krieges gesehen wurde. Der Krieg endete mit einem „Waffenstillstand“, und die USA haben sich seitdem geweigert, einen Friedensvertrag, der das Existenzrecht Nordkoreas bestätigt, zu unterschreiben. Außerdem halten sie im Süden eine massive Militärpräsenz von derzeit 37 000 Soldaten aufrecht. **Alle US-Truppen raus aus Südkorea, sofort!**

Die Truman-Regierung hatte überlegt, China und Korea mit Atomwaffen anzugreifen, wurde aber durch die sowjetische Militärmacht, mit ihrem neu entwickelten Atomarsenal, davon abgehalten. Hätte die Sowjetunion kein Atomarsenal besessen, das den US-Imperialismus abschrecken konnte, wären China und Korea heute radioaktiver Schutt, und es hätte auch keine Kubanische oder Vietnamesische Revolution gegeben. Die internationale Arbeiterklasse muss das Recht der deformierten Arbeiterstaaten, Atomwaffen zu besitzen, um sich gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher zu schützen, verteidigen.

US-Pläne zur Weltherrschaft: verrückt und tödlich

Es ist nicht nur schwierig, sondern sogar unmöglich, dass irgendein Land dauerhaft und vollständig diese Welt dominiert, die aus imperialistischen und anderen Nationalstaaten besteht, deren fundamentale Interessen auf den Zielen der kapitalistischen Herrscher der jeweiligen Staaten basieren.

Diese Interessen fallen nur gelegentlich mit denen anderer Staaten zusammen. Im Zeitalter der Atomkraft ist es allerdings leider möglich, den ganzen Planeten zu zerstören. Daher ist Bushs offen verkündeter Plan zur vollständigen Weltherrschaft sowohl verrückt als auch eine tödliche Gefahr. Der Wahnsinn kommt nicht einfach von dieser außergewöhnlich kriegsverrückten Regierung, sondern vom Funktionieren der verfaulenden imperialistischen Ordnung, in der sich die konkurrierenden Mächte im Kampf um kapitalistische Ausbeutungssphären gegenüber stehen. Zwei Weltkriege, Millionen und Abermillionen von Leichen liefern den Beweis dafür, dass das rationale Urteilsvermögen der Imperialisten schnell ins Hintertreffen gerät gegenüber den anarchischen Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung und der Jagd nach Profiten.

Es ist interessant, dass Kellys Besuch in Pjöngjang vom Wunsch des US-Imperialismus inspiriert war, die laufenden Annäherungsschritte zwischen Nord- und Südkorea zu vereiteln. Engere Verbindungen zwischen den beiden Staaten werden als eine Bedrohung für die weitere Präsenz amerikanischer Truppen im Süden gesehen, wo es eine starke und wachsende Feindseligkeit gegen die fortwährende Quasi-Besetzung gibt. Kellys Besuch fand auch nur einen Monat nach einem Besuch des japanischen Premierministers Junichiro Koizumi in Pjöngjang statt, wo dieser Nordkorea beträchtliche Wirtschaftshilfe angeboten hatte – und das ohne Zustimmung der USA. Japan und Südkorea versuchen derzeit, wirtschaftlich in Nordkorea einzudringen, und der japanische Imperialismus versucht, seine Vormachtstellung und seinen Einfluss in seiner ehemaligen Kolonie auf der koreanischen Halbinsel – in Konkurrenz zu den USA – wiederzuerlangen. Natürlich sind alle Seiten überaus „schockiert“ über Nordkoreas Eingeständnis seines Atomprogramms, weil sie hoffen, in kommenden Verhandlungen mit dem Norden einen Vorteil herauszuschlagen. Doch genauso setzen diese kapitalistischen Regierungen unaufhörlich ihre Bemühungen fort, eine Konterrevolution in Nordkorea zu erreichen. Wie unsere Genossen der Spartacist Group Japan im *Spartacist* [Japan] Nr. 26 (September 2002) schrieben:

„Die gemeinsame Feindschaft von Japan und den USA gegenüber den deformierten Arbeiterstaaten China und Nordkorea mildert nicht die Rivalität zwischen diesen beiden imperialistischen Mächten, sondern dient als Arena für ihre Zuspitzung. Auch wenn Nordkorea und China die unmittelbaren Ziele für Japans militärische Aufrüstung sind, so will der japanische Imperialismus gleichzeitig auch seine Einfluss- und Interessenssphären gegen alle Bedrohungen und Konkurrenten, auch den US-Imperialismus, verteidigen.“

Bis zur Konterrevolution, die 1991/92 die Sowjetunion zerstörte, hat das riesige Militärarsenal der Sowjetunion den amerikanischen Imperialisten Einhalt geboten. Doch im letzten Jahrzehnt sind die Interessenkonflikte zwischen den imperialistischen Mächten, die nun nicht mehr die gemeinsame Feindschaft gegenüber dem sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat eint, mehr und mehr in den Vordergrund getreten. In den letzten zehn Jahren haben die USA ihre wirtschaftliche und militärische Macht dazu benutzt, ihre Interessen gegen die ihrer imperialistischen Konkurrenten in Westeuropa und Japan durchzusetzen. Das qualitative Ungleichgewicht des militärischen Potenzials wird nicht ewig bestehen.

Die imperialistischen Herrscher Japans haben die nordkoreanischen Enthüllungen dazu genutzt, die Entwicklung von Atomwaffen mit mehr Nachdruck voranzutreiben. Ein führender japanischer Regierungsvertreter erklärte im April, dass Japan über genügend Plutonium zur Herstellung von 3000 bis 4000 atomaren Gefechtsköpfen innerhalb weniger

Monate verfügt. Jetzt benutzt die Regierung von Koizumi Nordkoreas Eingeständnis der absurden und sinnlosen Entführung von japanischen Staatsbürgern dazu, eine antikommunistische und chauvinistische Hysterie in der japanischen Bevölkerung anzufachen, die auch die Grundlage für weitere Repressionen gegen die ethnische Minderheit der Koreaner in Japan gelegt hat. Wie unsere Genossen in Japan geschrieben haben: „Die endlosen Geschichten über entführte Japaner und die Forderungen, Nordkorea solle das Land für Atominspektionen öffnen, sind Propagandakampagnen, die die Verbrechen des japanischen Imperialismus vor und während des Zweiten Weltkriegs auslöschen und Japan – das zweitstärkste imperialistische Land der Welt – als Opfer darstellen sollen.“

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas!

Die nordkoreanische Regierung fordert derzeit als Gegenleistung für die Einstellung ihres Atomwaffenprogramms, dass die USA die Souveränität Nordkoreas anerkennen, das Wirtschaftsembargo beenden und einen Nichtangriffspakt unterzeichnen. Sollte es zu einem derartigen Pakt kommen, wäre er nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben stände. Stalins Nichtangriffspakt mit dem deutschen Imperialismus 1939 hat Hitlers Nazis sicher nicht davon abgehalten, zwei Jahre später in die Sowjetunion einzumarschieren. Heute betet der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin die Forderung der Imperialisten nach einer „atomwaffenfreien“ koreanischen Halbinsel nach. Solch eine kriminelle Beschwichtigungspolitik – Nordkorea das Recht abzusprechen, sich durch den Erwerb von Atomwaffen zu verteidigen – ermutigt nur die raubgierigen amerikanischen Imperialisten in ihrem Drang, die Konterrevolution auch in China selbst zu schüren.

Grundsätzlich erfordert die Verteidigung der Staaten, in denen der Kapitalismus gestürzt worden ist, die Ausweitung der Herrschaft der Arbeiterklasse auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Doch gerade diese Perspektive ist den bürokratischen Kasten, die in Nordkorea und China an der Macht sind, nicht nur fremd, sondern auch ein Gräuel. Das auf Vetternwirtschaft und Personenkult basierende stalinistische Regime von Kim Jong Il, dem Nachfolger seines Vaters Kim Il Sung, unterminiert die Verteidigung des nordkoreanischen Arbeiterstaats. Seine Appelle an koreanischen Nationalismus haben ihre Wurzeln in der stalinistischen Lüge, dass der Sozialismus – eine klassenlose, egalitäre, auf materiellem Überfluss basierende Gesellschaft – in einem oder gar einem halben Land aufgebaut werden könne. Dieses nationalistische Dogma ist unvereinbar mit der Perspektive einer internationalen sozialistischen Revolution und besonders mit jedwedem Kampf für eine Arbeiterrevolution gegen die südkoreanische Bourgeoisie. Die nordkoreanischen Stalinisten haben lange eine „friedliche Wiedervereinigung“ mit dem Süden gefordert – ein Weg in die Wiedervereinigung auf der Grundlage der kapitalistischen Lohnklaverei und der Annexion des Nordens durch die *Chaebol*, die riesigen Industriekonzerne, die die südkoreanische Wirtschaft kontrollieren.

Die stalinistischen Bürokraten in Pjöngjang und Beijing fürchten, dass sozialistische Revolutionen in Südkorea und Japan schnell proletarisch-politische Revolutionen inspirieren würden mit dem Ergebnis, dass die Bürokraten von ihren mit Privilegien und Macht ausgestatteten Posten vertrieben würden. Ebenso hätte eine politische Revolution in China oder Nordkorea einen enormen Einfluss auf die Arbeiter in Südkorea und Japan, dem industriellen Zentrum Asiens. Außerdem wäre sie ein Ansporn für die Arbeiter Russlands und der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, die in den zehn Jahren seit der Konterrevolution verwüstet worden sind. Wie schon in Russland und Osteuropa setzen



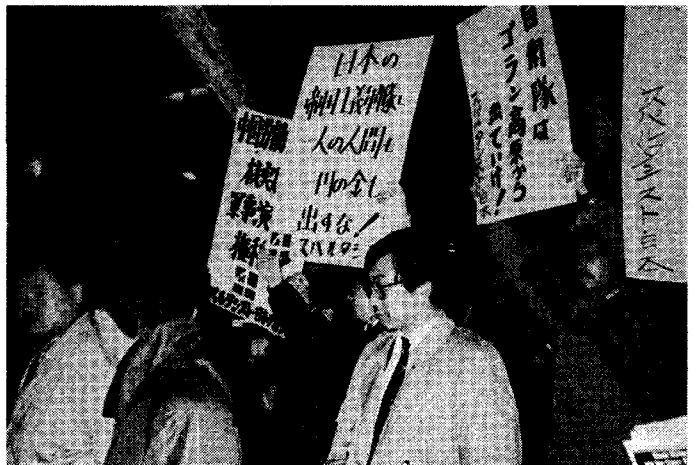
AP

Nordkoreanischer Führer Kim Jong Il begrüßt im September den japanischen Ministerpräsidenten Koizumi in Pjöngjang. US- und japanische Imperialisten konkurrieren um Vorherrschaft über Ostasien

führende Teile der herrschenden stalinistischen Bürokratien auf die Einführung der kapitalistischen Ausbeutung und auf die Duldung und Unterstützung durch die Imperialisten, um ihren Wohlstand und ihre Privilegien zu mehren. Und dieser Weg, wie man am Beispiel der UdSSR und der ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa hat sehen können, öffnet der Konterrevolution und den gesellschaftlichen Verwüstungen, die sie mit sich bringt, Tür und Tor. *Für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas durch eine sozialistische Revolution im Süden und eine politische Revolution der Arbeiter im Norden!*

Notwendig ist vor allem die Schmiedung internationalistischer Arbeiterparteien auf der ganzen Welt. Unsere Genossen der Spartacist Group Japan haben sich dem Kampf für eine leninistische Avantgardepartei verpflichtet, die den Kampf für die proletarische Revolution in Japan führt. Wir von der Spartacist League/U.S. kämpfen für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei – als Teil der wiedergeschmiedeten Vierten Internationale –, die das multirassische Proletariat in einer sozialistischen Revolution führen kann, die den US-Imperialismus, die gefährlichste Macht auf dem Planeten, wegfegt.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 790,
1. November 2002



Spartacist Japan

Spartacist Group Japan auf Demo im April 1996 gegen US-japanisches Militärbündnis. Plakate in der Mitte lauten: „Für das Recht des chinesischen Arbeiterstaats auf Atomtests und militärische Tests!“ und „Keinen Mann, keinen Yen für das imperialistische japanische Militär!“



Piers Benatar Panos

KSK-Eliteeinheit im afghanischen Kandahar. Bundeswehr raus aus Afghanistan!

SPD, Grüne, PDS...

Fortsetzung von Seite 1

zusammenhielt, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu deren gemeinsamen Kampf gegen den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion und die „kommunistische Gefahr“ gebildet worden war. Heute nehmen die Rivalitäten zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern zu. So hat der deutsche Imperialismus andere Interessen in Bezug auf den Nahen Osten. Er und seine europäischen Konkurrenten sind viel stärker vom Öl des Nahen Ostens abhängig als die USA. Daher steht die amerikanische Kontrolle über die irakischen Ölreserven deutschen und französischen Interessen diametral entgegen. Doch militärisch ist Deutschland zurzeit viel zu schwach, um zu den USA, die 15-mal so viel Geld fürs Militär ausgeben, in irgendeiner Weise militärisch in Konkurrenz treten zu können. Außerdem fürchtet man, dass der ganze Nahe Osten durch den Krieg über Jahre in soziale Unruhen gestürzt wird und dass damit die Stabilität der gesamten Region bedroht wird und die Konsequenzen nicht absehbar sind.

Daraus den Schluss zu ziehen, dass der deutsche oder die anderen europäischen Imperialisten besser, friedliebender seien, ist absolut falsch (siehe auch IKL-Erklärung zu Irak vom 29. Oktober). SPD und Grüne sorgten mit heuchlerischen Parolen wie „Nie wieder Auschwitz“ dafür, dass der erste Kampfeinsatz deutscher Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg auf dem Balkan, einem traditionellen Einflussgebiet des deutschen Imperialismus, durchgeführt werden konnte. Kriegsminister Struck erklärte laut *junge Welt* (2. September), dass „die Bundeswehr zum ‚Schutz des Friedensprozesses‘ noch fünf bis zehn Jahre auf dem Balkan bleiben“ muss. Der kriminelle Anschlag auf das World Trade Center wurde von SPD/Grünen zynisch ausgenutzt, um die Bundeswehr endlich zu Kampfeinsätzen in alle Welt zu schicken. Die notwendige Kampferfahrung holt sich der Elite-Schlächter-Verband KSK jetzt in Afghanistan und der Generalstab darf dort jetzt das Oberkommando übernehmen und echten Krieg führen. Wir fordern: **Bundeswehr raus aus dem Balkan, Afghanistan, Ostafrika und dem Nahen Osten! Keinen Mann, keinen Cent für die Bundeswehr!**

Die Unruhe an der Gewerkschaftsbasis, die Schröders plötzlicher Friedensliebe sowieso nicht traute, wird wieder größer und die Proteste in den Gewerkschaften nehmen wieder zu. So forderte der DGB-Vorsitzende von Hessen, Stefan Körzell, in *einblick* (28. Oktober) die Gewerkschaften auf, „ihr Schweigen zu beenden und gegen den drohenden Krieg Stellung zu beziehen“. Die PDS versucht diesen

wachsenden Unmut in Unterstützung für sich zu kanalisieren und sich gegen die SPD wieder als Anti-Kriegspartei darzustellen. Sie greift die Punkte an, wo die Regierung sich in Widersprüche verwickelt, wie die weitere Stationierung der Spürpanzer in Kuwait oder dass die SPD/Grünen-Regierung den USA erlauben, ihre Basen in Deutschland für einen Angriff auf den Irak zu benutzen. So organisierte sie vor der SPD-Zentrale am 28. November eine Demonstration mit Plakaten „Vernunft“. Gabi Zimmer warf Schröder Wortbruch vor, nur um weiter an Schröder zu appellieren: „Sie hatten bis gestern unseren Respekt im Auftreten gegenüber der Bush-Administration, die dabei ist, die Weltfriedensordnung in eine Pax Americana zu verwandeln, in der Erstschlagskriege wie im Falle des Irak zum Regelfall erklärt werden sollen. Verlassen Sie nicht ein Maß, das auf der Basis von Völker- und Verfassungsrecht steht.“ So, wenn Schröders Standpunkt nur ein bisschen unabhängiger von den USA, für die Interessen des deutschen Imperialismus wäre und die Abdeckung durch „Völker- und Verfassungsrecht“ hätte, die der Cowboy George Bush verachtet, dann hätte die PDS wenig Probleme damit, die SPD-Regierung zu unterstützen.

Ganz ähnlich wie die PDS argumentierte der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine auf einer DGB-Veranstaltung Ende Oktober in Berlin. Er attackierte die SPD/Grünen-Regierung: „Wenn wir ein souveräner Staat sein wollen, können wir nicht unsere Basen für völkerrechtswidrige Angriffe zur Verfügung stellen“ (*Berliner Zeitung*, 30. Oktober). Ist Deutschland etwa nicht souverän? Lafontaine tut so, als ob das mächtigste imperialistische Land Europas ein armes geknechtetes Dritte-Welt-Land wäre. Er will die berechtigte Angst und Wut vor dem bevorstehenden unpopulären US-Krieg gegen den Irak in Unterstützung für einen stärkeren deutschen Imperialismus, der den USA Paroli bieten kann, lenken. Dies fördert nur den unheilvollen weiteren Aufstieg des deutschen Imperialismus.

Was PDS und Lafontaine einigt, ist die Suche nach einer alternativen Strategie für den deutschen Imperialismus. Das wurde während des Balkankriegs 1999 deutlich, als beide sich gegen die Teilnahme der Bundeswehr an den US-geführten Bombardierungen aussprachen und für eine Orientierung Berlins auf Paris und Moskau eintraten. Lafontaine wirft den USA und den deutschen verteidigungspolitischen Richtlinien der CDU von 1992 „Rohstoffimperialismus“ vor und fährt fort: „Es gehörte zum Selbstverständnis von Rot-Grün, diesen Neokolonialismus zu bekämpfen. Warum gibt es heute darüber keine Debatte? Deutschland kann nur dann zum Weltfrieden beitragen, wenn es dem aus dem 19. Jahrhundert stammenden Rohstoffimperialismus eine friedliche Außenpolitik entgegenstellt“ (*Tagesspiegel*, 1. Dezember). Lafontaine versucht hier in Wirklichkeit, mit linker Rhetorik das Wesen des Imperialismus zu bemänteln, und stellt Imperialismus nur als eine schlechte Politik dar. So kann ihm zufolge das kapitalistische Deutschland unter einer SPD/Grünen-Regierung, die den richtigen Kurs fährt, eine friedliche Politik verfolgen. Dazu reduziert er Imperialismus auf die Ausbeutung von Rohstoffen anderer Länder. Imperialismus ist aber das höchste Stadium des Kapitalismus und basiert zentral auf dem Export von Kapital. Beispielsweise investierten in den letzten zehn Jahren deutsche Firmen 20 Milliarden Euro in den ehemaligen durch die Konterrevolution zerstörten Arbeiterstaaten Osteuropas und allein in Polen, Tschechien und Ungarn beuten deutsche Firmen 350 000 Arbeiter aus. Der deutsche Imperialismus beutet Werktätige weltweit aus und steht in Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Großmächten, vor allem USA und Japan, um billige Arbeitskräfte, Absatzmärkte und Rohstoffe. Da die Weltmärkte be-

grenzt und schon aufgeteilt sind, bringt die Konkurrenz unter den imperialistischen Großmächten notwendigerweise neue Kriege um die Neuaufteilung dieser Märkte hervor.

Welch eine Chuzpe von Lafontaine, die SPD als Kämpfer gegen den Imperialismus darzustellen. Als Finanzminister in Schröders Regierung 1998 organisierte er das Budget der Armee des deutschen Imperialismus. In seinem Buch *Das Herz schlägt links* legt Lafontaine dar, wie seine Opposition zum Balkankrieg 1999 – einer der Gründe für seinen damaligen Rücktritt – nichts mit Opposition zum deutschen Imperialismus zu tun hatte: „Es war unverzeihlich, nicht darauf zu bestehen, daß Rußland eingebunden wird... Wir brauchen in der Außen- und Sicherheitspolitik ein koordiniertes europäisches Handeln. Zumindest Deutschland und Frankreich müssen wie zu den besten Zeiten Giscard und Schmidts oder Mitterrands und Kohls an einem Strang ziehen.“ Lafontaine propagiert hier eine Achse Paris-Berlin-Moskau als Alternativstrategie für Deutschland anstelle der bisherigen transatlantischen Orientierung. Ein solches Bündnis, das Deutschlands und Frankreichs Industriekraft und Technologie mit den natürlichen Ressourcen und dem gewaltigen Atomwaffenarsenal Russlands kombinieren würde, wäre genauso imperialistisch wie die heutige NATO, mit dem Unterschied, dass es nicht von den USA, sondern von Deutschland dominiert werden würde.

Und vergessen wir auch nicht, dass die SPD die Arbeiterklasse in das Gemetzel des imperialistischen Ersten Weltkriegs führte. Jede Partei, die sich nicht explizit den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft durch eine sozialistische Revolution zum Ziel setzt, sondern stattdessen den Kapitalismus „besser“ verwalten will, wird sich notwendigerweise auf die Logik des Kapitalismus einlassen müssen, der zu immer neuen Kriegen führt. Wir wollen die fortgeschrittensten Arbeiter, Jugendlichen und Unterdrückten für die Perspektive des Aufbaus einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei gewinnen, die sich nicht der Reform des im Niedergang befindlichen Kapitalismus widmet, sondern den Kampf gegen den Kapitalismus organisiert und sich dessen revolutionärem Sturz verpflichtet.

Der kapitalistische Staat muss durch eine Arbeiterrevolution zerschlagen werden, die die Kapitalisten enteignet und eine zentralisierte Planwirtschaft errichtet. Das aber wird die SPD nie tun. Ihre grundlegende Feindschaft gegen die Revolution wurde unter Beweis gestellt, als sie 1918/19 die Revolution köpfte, zum Mord an Liebknecht und Luxemburg aufrief und tausende revolutionärer Arbeiter massakrieren ließ. Nach 1945 wurde sie von den USA und Britannien als antikommunistisches Bollwerk in der Arbeiterklasse wieder aufgebaut. Die SPD war 1990 das trojanische Pferd für die Konterrevolution in der DDR und die PDS assistierte ihr, indem sie die prosozialistischen Arbeiter der DDR in die kapitalistische Konterrevolution führte. Wir Trotzisten mobilisierten 1989 unsere gesamte Internationale und waren die einzige Partei, die bedingungslos gegen die kapitalistische Konterrevolution kämpfte. Im deformierten Arbeiterstaat DDR kämpften wir für eine politisch-proletarische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen und durch die Herrschaft von Arbeiterräten zu ersetzen. Wir traten ein für eine sozialistische Revolution im Westen, um die Bourgeoisie zu enteignen, für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), deren deutsche Sektion die SpAD ist, ruft dazu auf, den Irak, ein neokolonial unterdrücktes Land, gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen, ohne dem blutigen Regime Saddam Husseins, einem Schlächter von Kurden, Schiiten, Arbeitern und Linken, auch nur ein Jota Unterstützung zu geben. Saddam Hussein war, bevor er 1990 in Kuwait einmarschierte, ein langjähriger Schützling



Wolf (PDS), Woweriet (SPD): Berliner Senat ist Vorreiter bei Angriffen auf Arbeiter, Minderheiten

der USA und ein begehrter Handelspartner des deutschen Imperialismus. Bei Antikriegs-Mobilisierungen hier ist es zentral, die Opposition gegen den amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten mit Opposition gegen den deutschen Imperialismus – auf dem Balkan, in Afghanistan und auch mit seinem Staatsterror nach innen – zu verbinden. Die militärische Überlegenheit der USA gegenüber dem Irak unterstreicht die Bedeutung von Klassenkampf in den imperialistischen Zentren. Jeder Widerstand gegen die Sparmaßnahmen, jeder Massenprotest gegen Angriffe auf Arbeiter und Minderheiten, jeder Streik und jeder Kampf gegen die Unterdrücker im eigenen Land und gegen Angriffe auf demokratische Rechte wird es schwieriger machen für die Bourgeoisie, ihre imperialistische Kriegshetze und Kriegstreiberei weiter zu führen. *Antiimperialismus nach außen bedeutet Klassenkampf im eigenen Land!*

Regierungen von SPD, PDS und Grünen greifen Gewerkschaften an

Um die imperialistischen Interessen des wiedervereinigten Deutschlands effektiv vertreten zu können, müssen die wirtschaftlichen Bedingungen geschaffen werden. Um dies zu erreichen, muss die Bourgeoisie versuchen, die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse entscheidend zu erhöhen. Zentrale Achse der Angriffe ist zurzeit die Zerstörung der Arbeitslosenversicherung durch die Hartz-Reformen, wonach durch erhöhte ökonomische Not der Arbeitslosen ein genereller Niedriglohnsektor im gesamten Land geschaffen werden soll. Gleichzeitig wollen sie die Arbeitslosenstatistik beschönigen, indem sie 1,3 Millionen Arbeitslose aus den Statistiken verschwinden lassen. 27 Prozent derjenigen, die jetzt noch von Arbeitslosenhilfe leben, werden in die Sozialhilfe gedrängt oder in die Abhängigkeit von ihrer Familie. Dieses trifft insbesondere auf Frauen zu, die tiefer in die ökonomische Abhängigkeit abgedrängt werden. Ein weiteres Drittel wird sehr viel weniger Arbeitslosenhilfe bekommen. Die Frauen werden als industrielle Reservearmee benutzt, die, zurzeit nicht gebraucht, zurückgedrängt werden zu Kindern, Küche und Kirche. Die Erziehung der Kinder wird durch immer teurer werdende Kitas wieder in die Familie abgeschoben, dem wesentlichen Instrument der Unterdrückung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft. Das macht es Frauen dann noch schwerer einen Job zu finden oder zu behalten, während gleichzeitig den Beschäftigten in Kitas und Schulen, wiederum oft Frauen, die Arbeits- und Erziehungsbedingungen konstant verschlechtert werden durch größere Gruppen und höhere Klassenstärken.

Fortgesetzt auf Seite 14



Burkhard Lange

Berlin, 20. November: Roma protestieren gegen drohende Abschiebungen

SPD, Grüne, PDS...

Fortsetzung von Seite 13

Wir wollen eine revolutionäre Arbeiterpartei schmieden, eine Partei, die durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse für die Rechte aller Unterdrückten kämpft. Um Frauen eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, müssen Gewerkschaften einen Kampf für kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr führen. Und nicht zuletzt ist ver.di, die jetzt im Zentrum des Klassenkampfes steht, die größte Arbeiterinnenorganisation Deutschlands und ein Angriff auf Frauenrechte ist auch ein Angriff auf ver.di.

Vor den Wahlen haben die Gewerkschaften dem Hartz-Konzept zugestimmt und einige Bedingungen durchgesetzt wie Tariflöhne für Leiharbeiter. Diese Absprachen sind aber schon jetzt nicht mehr das Papier wert, auf dem sie notiert wurden. Der Niedriglohnsektor wird jetzt stark ausgeweitet. So beglückwünscht der Boss des Zentralverbands des deutschen Handwerks, Hanns-Eberhard Schleyer, den „mutigen Schritt“ der SPD/Grünen-Regierung, den er „großartig“ findet. Und auch die bürgerlichen Grünen sind begeistert vom Kurs gegen die Gewerkschaften und gegen die Tariflöhne: „Das ist beschäftigungspolitisch genau das, was wir wollen“, jubiliert Thea Dücker, Arbeitsmarktexpertin der Grünen, in der *Frankfurter Rundschau* (13. Dezember).

Und während diese massiven Hartz-Angriffe unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit vorangetrieben werden, kündigt ein Konzern nach dem anderen angesichts einer weltweiten Rezession Stellenstreichungen von Zehntausenden von Jobs an, wie die Telekom, die allein 55 000 Jobs streichen will, Siemens und die Bahn. Die Arbeitslosigkeit wird so noch stärker steigen und es ist kein Ende absehbar. Aber es ist nicht nur die Industrie, die den Kahlschlag bei den Arbeitsplätzen vorantreibt. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ging seit 1990 von 5,2 Millionen auf 4,1 Millionen zurück und wird weiter von der Regierung abgebaut.

Ver.di, die größte Einzelgewerkschaft der Welt, hat die Macht, den Plänen der SPD/Grünen-Regierung eine empfindliche Niederlage zu bereiten. Diese Macht wird aber unterminiert durch die Führung, die die Grenzen akzeptiert, die ihr durch das kapitalistische System gesetzt werden, und die loyal bleibt gegenüber der reformistischen Politik von SPD und PDS. Und ver.di-Vorsitzender Bsirske ist Mitglied der Grünen, die in vorderster Front der Angriffe auf die Arbeiter stehen. Diese Angriffe richten sich gegen die Gewerkschaften und die in Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften. Arbeitslosigkeit ist eine Frage von Sein oder Nichtsein.

Notwendig ist ein Programm der Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich und ein Programm öffentlicher Arbeiten zu Tariflöhnen, die von den Gewerkschaften kontrolliert werden. Gegen Inflation, Teuro und Massenarbeitslosigkeit muss die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit erkämpft werden. Wie Trotzki im Übergangsprogramm 1938 schrieb:

„Es geht um Leben und Tod der einzig schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit. Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen. Ob jene Forderungen ‚realistisch‘ oder ‚unrealistisch‘ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden. Durch diesen Kampf, welche unmittelbaren praktischen Erfolge er auch erzielen mag, werden sich die Arbeiter am besten von der Notwendigkeit überzeugen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.“

Berliner SPD/PDS-Senat: Speerspitze der Angriffe auf den öffentlichen Dienst

Die Politik der Klassenkollaboration der Gewerkschaftsführung ermuntert die Sozialdemokraten im Senat, egal ob SPD oder PDS, die Angriffe nur umso stärker und schärfer fortzusetzen. Der Berliner SPD/PDS-Senat droht damit, den Tarifverband für den öffentlichen Dienst zu verlassen, um die Löhne und Gehälter senken zu können. Damit ist er zur Speerspitze der Angriffe auf die Gewerkschaften insgesamt geworden. *Der Spiegel* berichtete über eine Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder, wo Berlins Bürgermeister Wowereit nicht nur von den SPD-regierten Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein Applaus für diese Pläne bekam. Auch der rechte Baden-Württembergische CDU-Ministerpräsident Teufel zeigte sich beeindruckt von den geplanten Angriffen von SPD und PDS in Berlin. Um die Gewerkschaften willfährig zu halten, versuchen sie diese zu erpressen mit der Ankündigung von Massenentlassungen, Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich usw. usf. Dagegen muss es einen organisierten, ernsten und harten Kampf der Gewerkschaften geben. Das Hindernis hierfür ist die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die immer wieder bereit ist, die Arbeiter und Angestellten auszuverkaufen für ein Pöstchen im Staatsapparat oder in den privatisierten ehemals städtischen Betrieben – wie der ehemalige ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai, der jetzt als Personalchef des Frankfurter Flughafens über die minimale Lohnforderung von ver.di herzog und drohte, dass ein zu hoher Abschluss Jobs gefährde (*Frankfurter Rundschau*, 18. Dezember). Falls der SPD/PDS-Senat sich mit seinen gewerkschaftsfeindlichen Angriffen durchsetzt, sind die Flächentarife auch in der Industrie und im Handel akut bedroht und werden die Angriffe im öffentlichen Dienst nur umso stärker fortgesetzt. **Stoppt die Angriffe auf die Gewerkschaften durch Klassenkampf gegen den SPD/PDS-Senat!**

Die PDS wurde in diese Regierung geholt, um die Sparpläne der Kapitalisten ihrer Basis im Osten schmackhaft zu machen und mit möglichst wenig Widerstand durchzusetzen. Sie führt die Drecksarbeit für die Kapitalisten durch. PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf zeigte sich zu tiefst enttäuscht darüber, dass die Gewerkschaften die Gespräche über den „Solidarpakt“ abbrachen, der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, weniger Lohn, und zehntausende Entlassungen bringen sollte. Der Wolf lügt, wenn er sagt: „In der Industrie hätte jeder über so ein Angebot gebuhelt.“ Und der „linke“ neue PDS-Bundesgeschäftsführer Hicks assistierte Wolf & Co. in der *jungen Welt* (19. Oktober), als er auf die Frage antwortete, ob sich Tarif-

bruch mit einem sozialistischen Profil vertrauen würde: „Für die spezifische Situation Berlins und seinen Haushaltsnotstand gibt es nur eine Lösung: einen von beiden Seiten getragenen Solidarpakt.“

Seit Anfang Dezember rollte eine Serie von Warnstreiks und Protesten von ver.di durch Berlin und das ganze Land, um der Forderung nach 3,5 Prozent Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen. Das Lahmlegen des Verkehrs im Ruhrgebiet und des Luftverkehrs in Frankfurt am 17. Dezember zeigt, welche Macht die Arbeiterklasse hat, wenn sie in ihrem eigenen Interesse mobilisiert wird. In Berlin wählten viele Leute die PDS, weil sie sich von ihr mehr soziale Gerechtigkeit erhofften, wurden aber bitter enttäuscht. Angesichts der Tatsachen, dass SPD wie auch PDS die Arbeiterklasse brutal angreifen, fragen Arbeiter, was für eine Partei denn nötig ist, um die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse und die Bevölkerung als Ganzes zu stoppen. Das grundlegende Problem mit der PDS – wie auch mit der SPD – ist, dass sie eine bürgerliche Arbeiterpartei ist. Eine Partei, deren Führung sich völlig dafür einsetzt, das kapitalistische System aufrechtzuerhalten, welches auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse beruht. Die Arbeiterklasse produziert den Reichtum der Gesellschaft und hält grundlegende Funktionen wie Verkehr, Schulen und das Gesundheitswesen am Laufen. Als Marxisten wollen wir die Arbeiterbasis der SPD und PDS von ihrer prokapitalistischen Führung spalten, denn die Arbeiterklasse braucht nicht eine Partei, die sich darauf verpflichtet, kapitalistische Sparpolitik zu verwalten, sondern eine revolutionäre Partei, die für den Sturz des kapitalistischen Systems kämpft und für den Aufbau einer Gesellschaft, in der die Arbeitenden herrschen.

Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) kritisiert in der Dezember-Ausgabe von *Solidarität* die Gewerkschaftsbürokratie und deren Rolle bei den Kürzungen und Angriffen:

„Bei all diesen Plänen spielen die GewerkschaftsführerInnen eine skandalöse Rolle. Ohne ihr Zutun wäre weder die Rentenprivatisierung noch das Hartz-Papier durchgekommen... Nötig ist eine Großdemonstration gegen die Kürzungspläne der Regierung als Vorbereitung eines eintägigen Streiks. Diese Großdemonstration kann auch die Unterstützung für die KollegInnen in der Tarifauseinandersetzung im Öffentlichen Dienst deutlich machen. Schluss mit Geschenken für die Banken und Konzerne oder die Reichen auf Kosten von Kürzungen bei Rente, Gesundheit, Arbeitslosenversicherung oder den Löhnen im Öffentlichen Dienst!“

Großdemonstrationen und Streiks sind notwendig gegen die Angriffe der SPD/Grünen-Regierung und der Berliner SPD/PDS-Regierung. Nur, warum erwähnt die SAV nicht, dass sie bei den Berliner Wahlen und auch bei der Bundestagswahl zur Wahl der PDS aufrief: „Dort, wo es keine kämpferischen, linken KandidatInnen gibt, und bei der Zweitstimme ist eine Stimme für die PDS deshalb zwar ein kleiner Denkkzettel gegen die Kriegspolitik der anderen Parteien und besser als nicht zu wählen und die Stimme den Rechten zu schenken – mehr jedoch nicht“ (*Solidarität*, September 2002).

Vor zwei Monaten, also nachdem die PDS über ein dreiviertel Jahr an der Macht war, um den Arbeitern Hungerlöhne reinzuwürgen, ruft die SAV immer noch dazu auf, die PDS zu wählen aufgrund von ein bisschen Antikriegsrhetorik. Die SAV trägt ganz konkret Verantwortung für die Poli-



Spartakist

Berlin, 26. Oktober 2002: Revolutionär-internationalistisches Kontingent der Spartakisten auf Antikriegsdemo

tik der Berliner Regierung, die sie mit gewählt hat und von der nichts anderes zu erwarten war, als dass sie die Austeritätspolitik der Bourgeoisie auf Kosten von Immigranten, Frauen und Arbeitern durchsetzen würde. Da ist es leicht, scheinbar revolutionäre Reden zu schwingen gegen die Gewerkschaftsführung, wenn doch tatsächlich die Partei an der Macht ist, die die SAV dort haben wollte, nämlich die PDS.

Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!

Um die Arbeiterklasse zu spalten und einzuschüchtern und ihren Widerstand gegen die sozialen Angriffe der Regierung abzulenken, haben SPD/Grüne den Krieg nach innen gegen Immigranten, Flüchtlinge und ethnische Minderheiten dramatisch eskaliert. Das Asylgesetz wurde faktisch abgeschafft und das Zuwanderungsgesetz der SPD/Grünen-Regierung, das nun neu verhandelt werden wird, sollte schon in der bisherigen Form nur für die Bosse profitable Zuwanderung zulassen und bei Arbeitsplatzverlust mit Abschiebung drohen. Immigranten, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben und einen muslimischen oder arabischen Hintergrund haben, werden durch die rassistische Rasterfahndung zu potenziellen Terroristen abgestempelt. Diese Angriffe richten sich am Ende gegen die Arbeiterklasse insgesamt (siehe „Verteidigt Immigranten! Verteidigt demokratische Rechte!“ Seite 5).

Seit dem Sommer protestieren Roma gegen die Abschiebung nach Serbien und in den Kosovo, um nicht in das Elend des von mörderischen nationalistischen Kriegen – die die Hölle für alle Minderheiten, inklusive der Roma, brachten – und vom NATO-Krieg zerstörten Serbien abgeschoben zu werden. Beides sind Folgen der kapitalistischen Konterrevolution und waren treibende Kräfte für diese. Ethnischer Hass wurde bewusst geschürt und als Rammbock zur Zerstörung des multinationalen deformierten Arbeiterstaates Jugoslawien benutzt.

Der grüne NRW-Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel beschrieb die Lage der Roma in Serbien wie folgt: „Die abgeschobenen Roma leben dort auf Müllhalden. Allein in Belgrad leben ungefähr 80 000 Roma in 146 Lagern unter absolut menschenunwürdigen Verhältnissen. Und die Kinder gehen nicht zur Schule“ (*junge Welt*, 28. November). In Bezug auf den Kosovo sagte er: „Gerade im Kosovo gibt es immer noch ethnische Auseinandersetzungen, die Abschiebungen dorthin ausschließen.“ So die Beschreibung, aber

Fortgesetzt auf Seite 22

Für Massenstreikposten! Nieder mit dem Streikbruch von „New Labour“!

Sieg den britischen Feuerwehrleuten!



Reuters



AP

22. November: Streikposten von Feuerwehrleuten in Glasgow. Kampf gegen gewerkschaftsfeindliche Blair-Labour-Regierung ist sehr populär. Rechts: Armee setzt alte Militär-Feuerlöschgeräte zum Streikbruch ein

Die britische Gewerkschaft der Feuerwehrleute (FBU) ging in den letzten Monaten zweimal für eine 40-prozentige Lohnerhöhung in den Streik, erst für zwei, dann für acht Tage. Dies war der erste landesweite FBU-Streik seit 25 Jahren. Die *Financial Times* drängte Tony Blairs New-Labour-Regierung, die Tausende Soldaten mit veralteter Ausrüstung zur Feuerbekämpfung einsetzte, darauf, die FBU in die Knie zu zwingen: „Es muss eine sorgfältige Vorbereitung auf einen langen Feuerwehrstreik geben... Wenn das bedeutet, Britanniens Einsatz von Truppen in einem neuen Golfkrieg zu begrenzen, so sei es drum. Das UK [Vereinigtes Königreich] wird nicht den entscheidenden Unterschied zwischen Sieg und Niederlage im Irak ausmachen, und diese Auseinandersetzung im eigenen Land ist zu entscheidend, um mit nur einer freien Hand ausgekämpft zu werden“ (25. November).

Schon die Drohung der Regierung, Armee und Polizei durch die Streikposten zu schicken, um moderne Geräte zur Feuerbekämpfung zu beschlagnahmen, traf auf einigen Widerwillen. Der Militärbefehlshaber Sir Michael Boyce klagte, es sei schlecht für die „Moral“, wenn die Armee eingebunden wäre, Streikposten anzugreifen, anstatt sich auf einen Krieg gegen den Irak vorzubereiten. Viele Streikende sehen jetzt, dass es zwischen dem drohenden Krieg gegen den Irak und den Angriffen der Regierung gegen sie eine Verbindung gibt. Ein Feuerwehrmann sagte Unterstützern der Spartacist League/Britain (SL/B): „Je länger unser Streik dauert, desto schwieriger wird es für die Regierung, Krieg gegen den Irak zu führen.“ Der Führer der FBU, Andy Gilchrist, erklärte Anfang Dezember, dass die Gewerkschaft in die Schlichtung gehen würde und sagte zwei weitere, ursprünglich geplante Acht-Tage-Streiks ab.

New-Labour-Minister und die bürgerliche Presse bombardierten die Feuerwehrleute mit Beschimpfungen. Doch wie unsere Genossen von der SL/B von den Diskussionen an den Streikpostenkettten berichteten, hat dieser Streik in der

britischen Gesellschaft riesigen Anklang gefunden:

„Der Streik ist extrem populär. Als wir am U-Bahnhof Islington [in London] waren, fuhren ein paar asiatische Frauen der Mittelklasse bei den Streikposten vor und brachten den Leuten ein paar Kartons mit Donuts. Zuvor am gleichen Tag hielt an der gleichen Station ein gepanzerter Häftlingstransport im Verkehr direkt vor der Streikpostenkette an. Wir hörten alle massiven donnernenden Lärm – die Häftlinge schlugen von innen gegen die Scheiben des Autos. Nach ein paar ungläubigen Sekunden brachen die Streikposten darüber in lauten Jubel aus. Im ganzen Land halten alle möglichen Leute – auch Berufstätige aus der Mittelklasse – an den Streikpostenkettten an, um ihre Unterstützung für die FBU zum Ausdruck zu bringen und Geld in ihre Sammelbüchsen zu werfen.“

Ein Genosse der SpAD fuhr nach London, und zusammen mit Genossen der SL/B diskutierte er mit streikenden Feuerwehrleuten. Nach seiner Rückkehr berichtete er uns: „Überall, wo ich hingekommen bin, habe ich erzählt, dass ich aus Deutschland komme, um hier den Streik zu unterstützen. Meist wurden die Augen der Feuerwehrleute deutlich größer, und sie fragten ‚Wieso?‘ und ‚Hast du in Deutschland keine Arbeit?‘ Dann habe ich erzählt, dass die Schröder/Fischer-Regierung die Arbeiterklasse mit Kürzungen, höheren Steuern und höheren Preisen angreift und dass es viel Unruhe gerade auch im öffentlichen Dienst gibt. Die Arbeiter in Deutschland würden von einem erfolgreichen Streik hier angespornt werden für kommende Streiks in Deutschland. Mehrmals bekam ich als Antwort, dass es in Deutschland auch so eine Regierung gibt, die von allen gehasst wird – genauso wie Blair in Britannien.“

Am 7. Dezember demonstrierten 20 000 Mitglieder und Unterstützer der FBU in London, die größte Gewerkschaftsdemo dort seit einem Jahrzehnt. Allgemeines Ge-

sprächsthema unter vielen Arbeitern, mit denen Genossen der SL/B sprachen, war ihr Hass gegen die gewerkschaftsfeindliche Labour-Regierung. Feuerwehrleute sind besonders wütend darüber, dass ihre Gewerkschaft Blairs New Labour immer noch finanziell unterstützt, obwohl Streikende sagen, dass sie denken, Blair habe vor, die FBU zu zerstören. Andy Gilchrist reagierte auf diese Stimmung und erklärte auf einem Treffen der Labour-Linken am 30. November, er sei „bereit, daran zu arbeiten, New Labour durch etwas zu ersetzen, was ich bereit wäre, als Real Labour [wirklich Labour] zu bezeichnen“. Als aber dies in der Presse als ein Aufruf „New Labour zu stürzen“ denunziert wurde, antwortete Gilchrist in einem Kommentar im Londoner *Guardian* vom 4. Dezember:

„Die Aufgabe derjenigen, die wie ich zutiefst überzeugt sind, die Verbindung zwischen der Partei und den Gewerkschaften zu stärken, wird zunehmend schwer gemacht. In fast jeder mit Labour verbundenen Gewerkschaft wird der Ruf lauter, die Verbindung zum Labour Establishment zu schwächen und die finanzielle Unterstützung zu senken. Es wird unmöglich werden, diese Forderung zurückzuweisen, wenn die Regierung das Projekt von New Labour, das Big Business zu beschwichtigen und sich von den Gewerkschaften zu distanzieren, fortführt.“

Es ist die Rolle der links redenden Gewerkschaftsführer wie Gilchrist, ihrer Mitgliedschaft die Lüge zu verkaufen, dass Labour die Interessen der Arbeiterklasse vertreten würde. Doch das wird in letzter Zeit zunehmend schwierig, da Blair versucht, die Partei von ihrer Abhängigkeit von den Gewerkschaften zu brechen und sie in eine rein bürgerliche Partei, wie die Demokratische Partei in den Vereinigten Staaten, zu verwandeln. Gegen Gilchrists ursprüngliche Erklärung wütete ein Regierungssprecher: „Er sagte, dass dies eine ökonomische Auseinandersetzung sei. Jetzt kann man sehen, was es in Wirklichkeit ist – ein politischer Kampf um die zukünftige Entwicklungsrichtung dieses Landes.“ Die Regierung würde gerne sehen, dass die Gewerkschaften politisch und in jeder anderen Hinsicht dem Willen der Kapitalisten untergeordnet sind. Um effektiv den Kampf für die Interessen der Arbeiter führen zu können, brauchen die Gewerkschaften eine politische Führung, die versteht, dass die Interessen von Arbeit und Kapital entgegengesetzt sind.

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt ab, das von der SL/B an den Streikpostenkettten verteilt wurde.

In diesem Kampf geht es nicht mehr nur um eine Lohnerhöhung für die Feuerwehrleute, er ist zu einer Kraftprobe zwischen den Gewerkschaften und Blairs New-Labour-Regierung geworden. Vor einer Weile noch prahlte die Regierung, sie würde die Fire Brigades Union (FBU – Gewerkschaft der Feuerwehrleute) „vernichten“. Ein Regierungssprecher drückte dies folgendermaßen aus: „Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern waren immer die Achillesferse von Labour. Aber diesmal nicht“ (*Financial Times*, 16./17. November). Doch der zweitägige Streik letzte Woche war bei Arbeitern und Minderheiten sehr populär. Millionen von Arbeitern im öffentlichen Dienst und anderswo wissen, dass ihre Löhne und Arbeitsbedingungen und selbst die Zukunft ihrer Gewerkschaften vom Ausgang dieses Kampfes abhängt. Die Hunderttausenden von Menschen, die vor einigen Wochen gegen den drohenden Krieg gegen den Irak protestierten, wissen, dass Blairs Prioritäten nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung sind. Lasst uns diesen Streik gewinnen!

Blair hat damit gedroht, dass die Armee moderne Ausrüstung zur Feuerbekämpfung beschlagnahmte und einsetzen würde – die gleiche Armee, die regelmäßig dafür

eingesetzt wird, auf der ganzen Welt die Drecksarbeit der britischen Bourgeoisie zu erledigen, vom Irak und dem Balkan bis in unmittelbarer Nähe in Nordirland, wo sie ein Instrument zur Unterdrückung der katholischen Minderheit ist. Das letzte Mal, dass die Armee in großem Maßstab zum Streikbruch eingesetzt wurde, war der Generalstreik 1926. Jetzt, wo die Regierung darüber schwafelt, die Armee zu schicken, denkt sie auch laut darüber nach, ob man nicht die Bullen einsetzen soll. Als Antwort auf die Drohungen des Streikbruchs durch die Armee erklärte FBU-Führer Andy Gilchrist: „Feuerwehrleute sind weder bereit noch haben sie vor, die Streitkräfte zu behindern.“ Eine Führung, die angesichts solcher Versuche, die Gewerkschaft zu zerschlagen, vorschlägt, sich passiv zu fügen, ist keine Führung! Dies ist den Interessen der Feuerwehrleute und aller Arbeiter, die

London,
28. September:
Block der
Spartacist
League/Britain
bei einer
Demonstration
von 400 000
gegen US/
britische
Kriegsvor-
bereitungen



auf die FBU sehen, genau entgegengesetzt. Ein Kampf, den man schon vor der Schlacht aufgibt, ist ein verlorener Kampf.

Niemand will eine kleine, der Niederlage geweihte Konfrontation mit den Kräften des kapitalistischen Staates. Notwendig sind Massenstreikpostenkettten, die einen Ring um die Feuerwachen bilden. Das war im Streik von 1977 erfolgreich gegen die Labour-Regierung unter Callaghan, die versuchte, die Armee durch die Streikpostenlinien zu schicken. Die FBU darf nicht alleine stehen! Millionen von Gewerkschaftern warten nur darauf, einen Schlag gegen Blairs Regierung von Gewerkschaftshassern zu führen. Diese Gewerkschafter müssen dafür mobilisiert werden, sich den FBU-Streikposten anzuschließen. Die städtischen Arbeiter von RMT und UNISON müssen jetzt streiken! Scheiß auf den TUC [Gewerkschaftsdachverband] und die „Richtlinien für Streikposten“ und die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze der Regierung! Der einzige „illegale Streik“ ist der, der verloren geht. Wenn die Armee eingesetzt werden sollte, muss die FBU an die Soldaten, von denen viele aus der Arbeiterklasse stammen, appellieren, sich nicht zum Streikbruch einsetzen zu lassen. Einen solchen Appell gab die Gewerkschaft im Streik 1977 heraus.

Voller Hass und Angst vor der Kampfbereitschaft der Gewerkschaften haben die Regierung und die kapitalistischen Medien die FBU-Führer zuvor als „Scargill-Leute“ bezeichnet. Jetzt nennt Murdochs *Sun*, die die Gewerkschaften hasst, die FBU „Saddams Handlanger“, während Verteidigungsminister Geoff Hoon andeutet, dass weitere Gewerkschaftsstreiks die geplante Militärintervention im Irak behindern würden. Gewerkschaftsführer, die die Kriegskampagne der Regierung schlucken oder davor kapitulieren, unterminieren die Möglichkeiten von Klassenkampf im eigenen Land. Um im Ausland imperialistische Kriege zu führen, braucht die Bourgeoisie im eigenen Land „Klassenfrieden“.

Fortgesetzt auf Seite 18

Sieg den Feuerwehrleuten...

Fortsetzung von Seite 17

Die Ereignisse der letzten Woche haben es völlig klar gemacht, dass die arbeitende Bevölkerung und die irakischen halbkolonialen Massen einen gemeinsamen Feind haben: die Banden Kriegsverrückter im Weißen Haus und in der Downing Street Nr. 10 und die Kapitalistenklasse, für die sie stehen. Imperialistische Kriege und der Kampf gegen die Gewerkschaften im eigenen Land sind zwei Seiten der gleichen Medaille: Das kapitalistische System basiert auf der Ausbeutung der Arbeiter und wird im Konkurrenzkampf um Handels- und Ausbeutungssphären zu Kriegen getrieben. Wir rufen zur Verteidigung des Iraks gegen Militärangriffe der USA und Britanniens auf, ohne Saddam Hussein auch nur ein Jota politischer Unterstützung zu geben.

Blair & Co. beschuldigen die Feuerwehrleute, die täglich ihr Leben aufs Spiel setzen, um das anderer zu retten, die öffentliche Sicherheit zu gefährden. Diese Heuchler wollen den Arbeitern die Schuld anlasten für die Folgen ihrer eigenen radikalen Lohnkürzungen und Streichungen bei den Sozialausgaben. Jeder weiß, dass die privatisierten Eisenbahnen Todesfallen sind, und Blair will mit der Londoner U-Bahn das Gleiche machen. Die RMT führt bereits eine Streikabstimmung durch, da U-Bahn-Arbeiter mit Disziplinarmaßnahmen bedroht werden, nachdem sie sich richtigerweise geweigert haben, Züge ohne Feuerwehrsicherheit zu fahren. Die Transport-, Eisenbahn-, Bauarbeiter- und andere Gewerkschaften müssen gewerkschaftliche Sicherheitskomitees bilden mit der Macht, unsichere Arbeitsabläufe sofort zu stoppen. RMT-Führer Bob Crow soll aus dem Verwaltungsrat der Londoner Verkehrsbetriebe austreten! Dies ist ein Instrument der Klassenzusammenarbeit, das die Fähigkeit der Gewerkschaft unterminiert, ihre eigenen Interessen zu verteidigen.

In Islington in Nord-London brachten Mitglieder von Day-Mer, der kurdisch-türkischen Solidaritätsorganisation, den streikenden Feuerwehrleuten Süßigkeiten und Essen. Während des Bergarbeiterstreiks 1984/85 gehörten die schwarzen und asiatischen Bevölkerungsgruppen und andere Minderheiten zu den zuverlässigsten Unterstützern der NUM [National Union of Mineworkers – Bergarbeitergewerkschaft], die mutig gegen Streikbrecher und streikbrecherische Bullen kämpfte. Im Gegensatz zu den einfachen Soldaten sind die Bullen einfach rassistische, gewerkschaftsfeindliche Söldner. Jeder, der etwas anderes behauptet – Gruppen wie die Socialist Workers Party (SWP) oder die Socialist Party (SP), die behaupten, die Polizisten seien „Arbeiter in Uniform“ oder die Streiks von Bullen unterstützen

– lügt! Schwarze, Asiaten und irische Republikaner haben die volle Wucht der Verfolgung durch den Staat und rassistische Bullen hautnah miterlebt. Nieder mit Blairs „Krieg gegen den Terror“! Dieser Großangriff auf bürgerliche Freiheiten, der Menschen aus Südasien und Muslime für rassistische Diskriminierung ins Visier nimmt, richtet sich letztendlich gegen die Gewerkschaften – sie sind in den Augen der Bourgeoisie der wirkliche „innere Feind“. Die Arbeiterbewegung muss zur Verteidigung der Rechte von Immigranten und Asylsuchenden mobilisiert werden. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Blair spottet arrogant, eine Erfüllung der 40-Prozent-Forderung der Feuerwehrleute bedeute, dass andere Arbeiter im öffentlichen Dienst das Gleiche fordern würden. Die Regierung will die Feuerwehrleute als „Fachkräfte“, nicht als Handarbeiter, einstufen, um so zu rechtfertigen, dass Hand- und städtische Arbeiter noch weniger bekommen, als ob diese Arbeiter nicht auch einen zum Leben ausreichenden Lohn verdient hätten. Um sich dem, was notwendig ist, auch nur zu nähern, müssen die Löhne der städtischen Arbeiter und die der anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verdoppelt werden! Nach Jahrzehnten kapitalistischen Niedergangs ist Britannien als Zentrum der Ausbeutung durch Niedriglöhne berüchtigt. Hunderttausende städtische Arbeiter verdienen derzeit weniger als fünf Pfund [ca. sieben Euro] pro Stunde und zwei Drittel der städtischen Arbeiter verdienen weniger als 13 000 Pfund [ca. 19 000 Euro] pro Jahr. Frauen und Immigranten verdienen sogar noch weniger. Dies zeigt die dringende Notwendigkeit, dass sich städtische und andere Arbeiter im Kampf mit der FBU zusammenschließen.

Im Bezirk Short Strand in Belfast ließen katholische und protestantische Jugendliche die sektiererischen Sprechchöre sein und versuchten stattdessen, sich gegenseitig im Applaus für die streikenden Feuerwehrleute zu über treffen. Das zeigt erneut, dass proletarischer Kampf diesen tief verwurzelten Kommunalismus überwinden kann. Wir kämpfen für die revolutionäre Einheit der Kämpfe von britischen und irischen Arbeitern! Für den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der britischen Armee aus Nordirland! Der Streik der FBU hat auch außerhalb Britanniens Anklang gefunden. Französische Eisenbahnarbeiter versprachen Solidaritätsmaßnahmen. Die Uniformed Firefighter's Association [Vereinigung der uniformierten Feuerwehrleute] in New York, die Hunderte Mitglieder bei heldenhaften Rettungsmaßnahmen nach dem kriminellen Anschlag auf das World Trade Center verloren hat und jetzt mit Entlassungen konfrontiert ist, will Streikposten nach Wales schicken.

Blair hat nie seinen Wunsch verhehlt, New Labour aus der Abhängigkeit von den Gewerkschaften zu befreien durch Umgestaltung der Partei nach dem Modell der kapitalistischen Demokratischen Partei in den USA. Doch Gewerkschaftsführer wie Andy Gilchrist, nachgeplappert von Pseudosozialisten wie der SWP, sind dafür eingetreten, die Bindung der Gewerkschaften zu New Labour zu erhalten. Blairs Drohung, die gepanzerte Faust von Armee und Polizei zum Streikbruch einzusetzen, sollte jedem die Sinnlosigkeit, New Labour unter Druck zu setzen, klar gemacht haben. Andere, wie die SP, haben New Labour vorgeworfen, mit seiner „sozialistischen Vergangenheit“ gebrochen zu haben, die frei erfunden ist, und rufen zu einer neuen, auf den Gewerkschaften basierenden Partei nach dem Vorbild von „Old Labour“ [die „alte“ Labour Party] auf. Aber es war gerade Old Labour, die beim letzten Feuerwehrstreik die Armee aufbot, um den „Sozialvertrag“, also Lohnkürzungen, zu erzwingen. Die gleiche Regierung unter Wilson/Callaghan führte am Flughafen Heathrow rassistische „Jungfräulichkeitstest“ für

Fortgesetzt auf Seite 27



WORKERS HAMMER
Down with Labour's racist witch hunt!
Defend Iraq against US/British attack!
For class struggle against British capitalist rulers!

Abonniert!

Zeitung der Spartacist League/Britain

Jahresabo
€ 7,- (Europa)
inkl. *Spartacist*
(englische Ausgabe)

Bestellt bei:
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Fiat-Arbeiter kämpfen um die Rettung ihrer Arbeitsplätze

Folgendes ist die redigierte Fassung eines Berichts eines Genossen der Lega trotskista d'Italia, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, über einen Streik und eine Kundgebung von Fiat-Arbeitern am 28. November in der Nähe von Mailand, Teil eines andauernden Kampfes gegen Entlassungen und Betriebs-schließungen. Seit dieser Bericht geschrieben wurde, haben am 6. Dezember Zehntausende von Fiat-Arbeitern in ganz Italien an weiteren Protesten teilgenommen, wobei sie Straßen blockierten und vor Fabriken Streikposten aufstellten.

Letzten Donnerstag organisierten Arbeiter des Alfa-Romeo-Autowerks in Arese einen eintägigen Streik. Alfa gehört zu Fiat, und die Fabrik soll im Dezember geschlossen und alle Arbeiter entlassen werden. Am 10. Oktober kündigte Fiat, das direkt und durch Zulieferbetriebe etwa sieben Prozent von Italiens werktätiger Bevölkerung beschäftigt, die Entlassung Tausender von Arbeitern an, was fast alle Fiat-Fabriken in Italien sowie auch die Fabriken in Argentinien, Brasilien und Polen betrifft. Besonders in Süditalien wird die Vernichtung der einzigen Arbeitsplätze in manchen Regionen katastrophale wirtschaftliche Auswirkungen haben. Wie ein Arbeiter der Fabrik in Termini Imerese in Sizilien sagte: „Wir können nicht mal mehr Räuber werden. Es gibt hier nichts mehr zu stehlen.“

Während Fiat jetzt davon spricht, die Fabrik in Termini Imerese nicht vollständig zu schließen, gibt es für die Alfa-Fabrik in Arese solch eine Perspektive nicht. Fiats Vorschlag für Termini Imerese ist, einige Arbeitsplätze durch die Einführung „flexibler“ Arbeitsbedingungen zu erhalten. Die Arbeiter lehnen diese Bedingungen ab und hoffen, dass die Gewerkschaften so eine Vereinbarung nicht akzeptieren werden. Aber sie sind auch sehr besorgt, ob es ihnen gelingen wird, ihre Arbeitsplätze zu retten. Die Zahl der Beschäftigten des Alfa-Werks ist in den letzten 15 Jahren von 30000 auf weniger als 3000 zurückgegangen. Einige Arbeiter sind sich auch der Tatsache bewusst, dass es die Bosse auf die Alfa-Belegschaft besonders abgesehen haben, da sie von jeher sehr militant ist – viele Gewerkschafter wurden entlassen und die militante unabhängige Gewerkschaft SLAI-COBAS war und ist dort sehr stark.

Die Gewerkschaftsführer des Alfa-Werks riefen zu einer Demonstration vor dem Haus des rechtsgerichteten italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi in der Nähe von Mailand auf, um ihn zu drängen, etwas zur Rettung des Alfa-Werks zu tun! Einige Gewerkschaftsbürokraten appellierten an die Regionalregierung, sich für eine Lösung einzusetzen.



Bericht aus Italien

Turin, 6. Dezember: Fiat-Autoarbeiter blockieren Bahnhof im Rahmen ihrer Streiks gegen angekündigte Massenentlassungen

AP

Im Allgemeinen ist es ihre Politik, die örtlichen Institutionen unter Druck zu setzen. Sie nahmen sich als Beispiel die Tatsache, dass der Bürgermeister von Termini Imerese – ein Mitglied von Berlusconi's Partei Forza Italia – gegen die Schließung der dortigen Fabrik einen Hungerstreik begonnen hatte. Während Termini Imerese von Streiks, Demonstrationen und Straßen- und Bahnhofsblockaden lahm gelegt wurde, die die meisten Bewohner

der Stadt mobilisierten, sind die Gewerkschaftsspitzen frustriert darüber, dass es in Arese nicht dasselbe Niveau an Mobilisierung gibt. Die Arbeiter könnten sehr wohl demnächst die Fabrik besetzen. Dies ist zumindest die Absicht der Fiat-Arbeiter, die am letzten Dienstag in Rom demonstrierten – 20000 Mann stark!

Vor dem Alfa-Werk stellten die Arbeiter von 4 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags an allen drei Toren Streikpostenkette auf und stoppten alle, die zur Arbeit gehen wollten. Sie riefen zur Solidarität mit ihrer Aktion auf und forderten die Leute auf, sich ihrer Streikpostenkette anzuschließen. Sie organisierten am Nachmittag eine Kundgebung, an der bekannte linksgerichtete Sänger und Schauspieler teilnahmen. Am Morgen schloss sich eine Abordnung von Gymnasiasten aus der Gegend dem Protest an, später gefolgt von einem Aufgebot an Studenten der Universität von Mailand, das von der reformistischen Rifondazione Comunista (RC) und anderen Gruppen organisiert worden war. Die Arbeiter begrüßten sie mit langanhaltendem Applaus.

Wir intervenierten bei dem Streik, waren bei zwei bestreikten Toren und verteilten unsere Literatur, einschließlich der IKL-Erklärung zum Irak mit dem Titel: „Nieder mit der UN-Hungerblockade! Verteidigt Irak gegen Angriff von USA und verbündeten Imperialisten!“ Hundert Arbeiter befanden sich an dem kleineren bestreikten Werkstor, und über 300 Leute am Haupttor, einschließlich hundert Studenten. Wir hatten den ganzen Morgen Diskussionen mit Arbeitern und Jugendlichen und sprachen mit einigen Gewerkschaftsführern, von denen wir Solidaritätserklärungen für die Feuerwehrgewerkschaft (FBU – Fire Brigades Union) in Britannien bekommen wollten, die sich zu dieser Zeit im Streik befand.

Der Bewusstseinsstand war widersprüchlich, aber man konnte mit vielen Arbeitern sehr interessante Diskussionen führen. In den Diskussionen beklagten sich viele Arbeiter, dass die Fabrik von verschiedenen Gewerkschaften

Fortgesetzt auf Seite 20

Fiat-Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 19

organisiert werde, was die Arbeiter spalte und ihre Macht schwäche. Diese Ansicht äußerten Arbeiter der CGIL (Italienischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund, Italiens größte Gewerkschaft) und der COBAS (ein syndikalistisch beeinflusster Gewerkschaftsbund) und ehemalige CGIL- und COBAS-Arbeiter. Viele dieser Arbeiter stimmten unserem Programm, für Industriegewerkschaften zu kämpfen, begeistert zu.

Die Reaktionen waren indessen anders, wenn wir vom Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei sprachen. Viele reagierten mit Kommentaren wie: „Die Frage hier ist, dass wir morgen unsere Arbeitsplätze verlieren“, oder: „Ich stimme für RC.“ Aber einige COBAS-Arbeiter waren für Kritik an RC und an Klassenzusammenarbeit sehr empfänglich, da sie sich noch gut daran erinnern, was RC tat, als sie die arbeiter- und immigrantenfeindliche Volksfrontregierung unter der Führung von Democratici di Sinistra (DS – Linksdemokraten) unterstützte; die Regierung vor Berlusconi. COBAS-Arbeiter empfingen den RC-Führer Fausto Bertinotti diesen Juli mit Beschimpfungen. Viele Arbeiter stimmten der Schlagzeile einer alten Ausgabe unserer Zeitung *Spartaco*, die wir dabei hatten, aus den 80er-Jahren über Kämpfe bei Fiat zu: „PCI fällt dem Fiat-Streik in den Rücken.“ Sowohl RC als auch DS gingen aus der PCI (Kommunistische Partei Italiens) hervor, die nach der Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 zerfiel. 1997 stimmte RC für eine Vereinbarung in der Fabrik, 1000 Arbeiter zu entlassen.

Bei Diskussionen über die FBU-Streiks mit den Arbeitern erfuhren wir, dass nur wenige von ihnen vom Kampf der FBU gehört hatten. Aber fortschrittlichere Arbeiter würdigten die Bedeutung dieses Streiks und waren sehr überrascht, dass in Britannien die Feuerwehrleute für eine vierzigprozentige Löhnerhöhung kämpfen. Einige Arbeiter bemerkten, dass der „New-Labour“-Premierminister Tony Blair Thatcher nacheifere (die konservative Premierministerin, die in den 80er-Jahren einen Feldzug zur Zerschlagung der militanten Bergarbeitergewerkschaft führte).

Wir versuchten die Verbindung herzustellen zwischen dem Kampf bei Fiat und dem drohenden Krieg der USA gegen den Irak, den das Berlusconi-Regime unterstützt. Wir verwiesen darauf, wie der FBU-Streik Blairs Kriegsanstrengungen behindert. Aber einige Arbeiter sahen keine Verbindung zwischen dem Krieg und ihrem Streik. Sie mögen zwar verstehen, dass der Krieg einen Angriff auf die Werktätigen des Iraks darstellt, aber sie verstehen nicht, wie Klassenkampf die Kriegsanstrengungen der Imperialisten behindern kann. Zur Immigrantfrage gab es unterschiedliche Reaktionen. Eine junge Studentin sagte, sie

unterstütze Arbeiter, aber nicht Immigranten, die, wie sie behauptete, Arbeitsplätze wegnehmen. Die Fabrikbelegschaft besteht ausnahmslos aus Weißen.

Die Gewerkschaftsbürokraten sprechen die Frage des Kampfs um Arbeitsplätze bei Fiat in Begriffen an wie Kampf gegen eine drohende ausländische Übernahme durch GM [General Motors] und bestehen darauf, dass Fiat Italien ausmacht und die Regierung dieses mächtige Symbol des italienischen Kapitalismus zu retten habe. Die allgemeine Haltung auf der Linken ist, dass die Autoindustrie für die italienische Wirtschaft zu wichtig sei, als dass man sie vor die Hunde gehen lassen könne, und so fordern sie alle eine staatliche Bürgschaft für Fiat. Sie klagen: „Fiat als Branche von GM ist nicht nur schlecht für Fiat und Italien, sondern auch für Europa“ (*Liberazione*, 12. Oktober). Viele linke Gruppen fordern von Berlusconi und den italienischen Industriearbeitern – die Millionen Arbeiter um ihre Renten betrogen, ihre eigenen Taschen durch grandiose und nutzlose „öffentliche Arbeiten“ füllten, das Land ausplünderten und die Mafia führen –, Fiat durch Verstaatlichung „aus der Patsche zu helfen“. Dies ist ein Aufruf, die Familie Agnelli, der Fiat über ein Jahrhundert gehörte, noch reicher zu machen.

Als Leo Trotzki im Übergangsprogramm von 1938 die Frage der „Enteignung bestimmter Gruppen von Kapitalisten“ ansprach, war dies kein Aufruf, die *verlustbringenden* Industrien der herrschenden Klasse zu absorbieren, sondern den Reichtum der herrschenden Familien zu enteignen. Und Fiat ist ein verlustbringender Industriezweig; sein Anteil am italienischen Automarkt beträgt weniger als 30 Prozent, ein starker Rückgang seit dem 90-prozentigen Anteil, den er im Nachkriegsboom bis ungefähr 1990 innehatte.

Trotzki führte im Übergangsprogramm weiter aus, das Programm der sozialistischen Revolution dürfe Marxisten „in der gegenwärtigen Übergangsperiode auf keinen Fall daran hindern, gegebenenfalls die Enteignung einiger Industriezweige, die für die nationale Existenz lebenswichtig sind, oder der parasitärsten Gruppen der Bourgeoisie zu fordern“. Er schrieb dies, kurz nachdem die Stalinisten die „Volksfront“ proklamiert hatten, die die Arbeiterbewegung an einen fiktiven „progressiven“ Flügel der Bourgeoisie zu ketten versuchte, und fuhr fort zu erklären:

„Der Unterschied zwischen diesen Forderungen und der verwaschenen reformistischen Losung der ‚Verstaatlichung‘ besteht darin, daß wir: 1. eine Entschädigung ablehnen; 2. die Massen vor den Scharlatanen der Volksfront warnen, die in Worten die Verstaatlichung predigen, in Wirklichkeit aber Agenten des Kapitals bleiben; 3. die Massen dazu aufrufen, nur auf ihre eigene revolutionäre Kraft zu vertrauen; 4. die Frage der Enteignung mit der Frage der Arbeiter- und Bauernmacht verbinden.“

Es ist kein Zufall, dass niemand auf der italienischen „Linken“ dazu aufruft, die Familie Agnelli zu enteignen – sondern nur das Autounternehmen, das Agnelli gar nicht mehr haben will! Als Revolutionäre sagen wir, dass die Arbeiter kein Interesse daran haben, Fiat zu retten, sondern darum kämpfen müssen, Arbeitsplätze und Lebensstandard zu verteidigen.

Die meisten Arbeiter machen sich keine Gedanken über Verstaatlichung, sondern über die Rettung ihrer Arbeitsplätze. Es waren hauptsächlich Jugendliche, offensichtlich unter dem Einfluss von RC und FalceMartello (Anhänger von Ted Grants Gruppe *Der Funke* in Deutschland), die die Forderung nach „Nationalisierung“ aufstellten. FalceMartello hatte einen Büchertisch mit über einem Dutzend Leuten vor dem Tor bei einer der Streikpostenkette. „Nationalisierung“ ist ihre große Kampagne.

Auf der Kundgebung zur Unterstützung des Streiks hielten mehrere COBAS-Führer Reden. Einer von ihnen



Rechter
italienischer
Ministerpräsident
Silvio Berlusconi (links) mit
Gianni Agnelli,
Nachfahre der
Fiat-Dynastie



Februar 1999: Immigranten protestieren auf Gewerkschaftsdemo gegen Rassismus

machte einige Bemerkungen darüber, wie Umberto Bossi – Führer der faschistoiden Lega Nord, die an der Regierung beteiligt ist – die Arbeiter „verraten“ habe, weil er gesagt habe, er würde nur die Arbeiter in der Lombardei „verteidigen“, einem nördlichen Bezirk, in dem die Lega Nord einflussreich ist. Einige COBAS-Führer meinten: „Unsere örtlichen Politiker, Bürgermeister usw. nehmen sich unserer Sache nicht an, wie es der Bürgermeister von Termini Imerese und die Regionalabgeordneten von Sizilien taten, die sich auf die Seite der Fiat-Arbeiter stellen.“ Die Politiker, von denen die COBAS-Führer sprachen, sind allesamt Rechte oder Mitglieder von Gianfranco Finis Alleanza Nazionale, einer weiteren Regierungspartei, die im Moment hauptsächlich ein Wahlkampfinstrument ist, aber gleichzeitig Erbe der historischen Partei von Mussolinis Faschismus. Ein Mitglied von FalceMartello intervenierte und hielt eine ausgesprochen ökonomistische Rede über die Versuche der Bosse, Fiat zu zerlegen, und rief zur Nationalisierung von Fiat auf. Eine junge Frau, ein Kader von RC, rief die Arbeiter auf, sich ihrem Kampf für Immigrantenrechte anzuschließen und die Haftlager, in denen Flüchtlinge untergebracht sind, niederzureißen. Sie erwähnte auch kurz den drohenden Krieg gegen den Irak. Unser Genosse war der letzte Redner. Er bekam während und am Schluss seiner Rede Applaus und Beifallsrufe. Folgendes sagte er:

* * *

Ich bin ein Unterstützer von *Spartaco*. Wir sind hier in vollständiger Solidarität mit dem Kampf der Alfa- und Fiat-Arbeiter. Die Reichweite dieses Kampfes, und was auf dem Spiel steht, reicht viel weiter als Arese, viel weiter als die Verteidigung der Arbeiter bei Fiat und sogar weiter als dieses Land selbst. Was auf dem Spiel, steht sind auch Rechte für Immigranten. Tausende von ihnen riskieren nicht nur gefeuert zu werden, wenn die Zulieferbetriebe von Fiat geschlossen werden, sondern auch, nach dem Bossi/Finis-Gesetz, abgeschoben zu werden. Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und die gewerkschaftliche Organisierung aller immigrierten Arbeiter. Auf dem Spiel stehen auch die Rechte der Frauen, da sie als Erste gefeuert und als Letzte geheuert werden. Der Grund, weshalb Arbeiterinnen in Termini Imerese bei diesem Kampf so hervorgetreten sind, ist, dass sie fürchten, in die Unterdrückung der Familie zurückgestoßen zu werden, wie in den 50er-Jahren und davor. Und dies ist schließlich auch ein internationaler Kampf. Fiat-Arbeiter werden nicht nur in Italien entlassen, sondern auch in Argentinien, Bra-

silien und Polen. Und es gibt massive Arbeiterkämpfe in Frankreich, wo gestern Lastwagenfahrer das Land dichtmachten, und in Britannien, wo die 50 000 Feuerwehrleute im Kampf gegen die Blair-Regierung stehen, die damit droht, die Armee zur Zerschlagung ihrer Streikpostenkettens einzusetzen.

Arbeiter bei Fiat müssen ihre internationalistische Unterstützung für ihre Klassenbrüder im Ausland zum Ausdruck bringen. Und die Regierung, die heute die Fiat-Arbeiter angreift, ist die gleiche Regierung, die Vorbereitungen trifft, den Irak anzugreifen. Wir kämpfen für die Verteidigung des Iraks gegen imperialistische Angriffe und für Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher zu Hause. Jeder Schlag gegen die Kapitalisten hier durch Streiks und Aktionen von Arbeitern ist ein Schlag gegen ihre militärischen Massaker an Kolonialvölkern. Jeder militärische Schlag, den sie bei ihren imperialistischen Feldzügen hinnehmen müssen, ist ein Schlag gegen unsere eigenen Ausbeuter, der unseren Kämpfen hier nützt und sie erleichtert.

Wir müssen jegliche Illusionen in den kapitalistischen Staat und in kapitalistische Politiker bekämpfen. Diesen Kampf in ihre Hände zu legen bedeutet, sich dem Feind auszuliefern. Was zum Sieg in diesem Kampf notwendig ist, ist eine massive Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse, eine Konfrontation Klasse gegen Klasse durch Massentstreikposten, Fabrikbesetzungen und Solidaritätsstreiks. Wir müssen auch jegliche Illusionen in die reformistischen Parteien, wie DS und RC, bekämpfen, die sich heute in der Opposition befinden, aber ein Jahrzehnt lang die treibende Kraft beim Abbau von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen und beim Zugrunderichten des Lebensstandards der Arbeiter waren.

Diese Krise bei Fiat ist selbst eine Folge der weltweiten kapitalistischen Krise und Rezession. Die kapitalistischen Herrscher haben die industrielle Basis dieses Landes zerstört und Millionen der Arbeitslosigkeit ausgeliefert. Was nötig ist, um dies zu bewältigen, ist nicht das Programm häppchenweiser Nationalisierungen von RC, das sich in der Geschichte dieses Landes schon zur Genüge als Mittel zur Bereicherung von Banken und Bossen erwiesen hat. Wir müssen die ganze bürgerliche Klasse durch eine sozialistische Revolution enteignen. Der Schlüssel dazu ist die Fähigkeit der Arbeiterklasse, im Kampf eine revolutionäre Führung zu schmieden. Was wir brauchen, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei, die darum kämpft, die Arbeiterklasse an die Macht zu führen, zu einer Arbeiterregierung, gestützt auf Organe der Arbeitermacht, wie Arbeiterräte.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 793, 13. Dezember 2002

Abonniert!

Zeitung der Lega trotskista d'Italia

4 Ausgaben
€ 4,10

Bestellt bei:
Postfach 235 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

SPD, Grüne, PDS...

Fortsetzung von Seite 15

die SPD/Grünen-Regierung in Nordrhein-Westfalen schiebt trotz dieses Wissens und aller schönen Worte in den Kosovo und nach Serbien ab und wird dabei von dem Außenministerium Joschka Fischers unterstützt, der mit Menschenrechtsrhetorik auf den Lippen die Bombardierung Jugoslawiens befahl. Roma, die zu einer Demonstration nach Berlin und Bremen fahren wollten, wurden von der Polizei aufgehalten und an der Weiterfahrt gehindert. Angeblich zwecks „Verhinderung einer Straftat“, die darin bestanden hätte, dass sie sich über die „Residenzpflichtgrenze“ bewegt hätten. Über Nacht wurden sie dann von einer Hundertschaft Bereitschaftsbullen eingekesselt.

In ihrer Verzweiflung besetzten die Roma die Räume der Grünen in Düsseldorf, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Die Grünen drohten in Düsseldorf offensiv, die Bullen zu rufen, was zu Verhaftungen und zur Abschiebung der Roma-Aktivistinnen geführt hätte. Daher gaben die Roma die Besetzung auf. Die PDS in Berlin empfing die Roma freundlich bei der Besetzung ihrer Parteizentrale. Sie vermittelte ein Gespräch mit ihrem Regierungspartner Innenminister Körting, der dann mit Hinweis auf die Bremer Innenministerkonferenz bedauernd feststellte, dass eine permanente Aussetzung der Abschiebungen „leider unmöglich“ ist. Sowieso wurde die Hoffnung auf die PDS unter Roma dadurch begrenzt, dass sich viele mit Schrecken an die Gestapo-ähnliche Razzia der Polizei des SPD/PDS-Senats im Sommer erinnerten. Die systematische rassistische Gängelung und Erniedrigung der Roma hat System und soll zur so genannten freiwilligen Ausreise zwingen.

Die Lage der Roma ist wahrlich verzweifelt und jede Art von Protest ist zu unterstützen. Allerdings ist keine Hilfe zu erwarten von SPD, Grünen und PDS, die dieses Land für die deutsche Bourgeoisie, die für den Holocaust an Juden und Roma und Sinti verantwortlich ist, verwalten. Wie wir im *Spartakist* Nr. 148 (Herbst 2002) schrieben: „Die Arbeiterbewegung muss sich der Sache der Roma annehmen, weil sie die soziale Macht hat, den gesamten Ansturm der kapitalistischen Reaktion zurückzuschlagen.“ **Die Arbeiterklasse muss durch Klassenkampf-Aktionen die Abschiebungen verhindern! Volle Staatsbürgerrechte für alle!**

Polizei raus aus dem DGB!

In Bremen demonstrierten am 5. Dezember Roma neben Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes gegen die dort stattfindende Innenministerkonferenz. Die Roma wollten erreichen, dass die Abschiebungen gestoppt werden, während die ver.di-Gewerkschafter für ihre Forderung von 3,5 Prozent mehr Lohn demonstrierten. Dies wäre eine gute Gelegenheit gewesen, dass sich die mächtige ver.di-Gewerkschaft auch die Forderungen der Roma hätte zu Eigen machen und so aktiv die rassistische Spaltung der Arbeiterklasse bekämpfen können.

Die ver.di-Gewerkschaftsbürokraten aber hießen hier wie auch bei vielen anderen Protesten der Gewerkschaften die „Gewerkschaft“ der Polizei willkommen und tatsächlich nahmen viele Bullen an den Protesten und Warnstreiks teil. Polizisten sind aber keine „Kollegen“, wie die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie den Arbeitern weismachen versucht. Sie sind nicht nur verantwortlich für die Ausführung der rassistischen Abschiebepolitik gegenüber Roma oder kurdischen Arbeitern, den Schutz von Nazi-Provokationen gegen linke Gegendemonstranten oder das Zusammenknüpfeln von linken Jugendlichen in Hamburg, die gegen den reaktionären CDU/Schill-Senat demonstrieren. Sondern sie führen auch die Sicherheitsüberprüfungen durch, die besonders militante ver.di-Gewerkschafter be-

drohen, da große Teile des öffentlichen Dienstes damit überprüft werden. Sie werden als professionelle Streikbrecher gegen die Arbeiterklasse bei jedem ernstern Klassenkampf eingesetzt werden.

Das Vertrauen, das die Gewerkschaftsbürokratie in die Polizei sät, ist Ausdruck der generellen Politik der Klassenzusammenarbeit. Doch am 2. Februar 2002 belagerten die Bullen das Münchener Gewerkschaftshaus und nahmen Hunderte von Linken und Gewerkschaftern praktisch als Geiseln, die dort an einer Podiumsdiskussion teilnahmen. Außerhalb des Kessels sammelten sich in kurzer Zeit Gewerkschafter, die gegen diese ungeheure Provokation protestierten, und nach zwei Stunden wurde endlich die Belagerung aufgegeben. Der bürgerliche Staat – Polizei, Armee, Gerichte usw. – ist dazu da, die Arbeiterklasse und Linke anzugreifen, um die Herrschaft der Kapitalisten aufrechtzuerhalten. Die Arbeiterklasse muss mit ihren reformistischen Irreführern, SPD und PDS, brechen, die im Auftrag der Kapitalisten herrschen und die Bullen gegen die Arbeiter schicken. Die Polizei hat in der Arbeiterbewegung nichts zu suchen! Wir fordern: **Polizei raus aus dem DGB!**

Brecht mit den sozialdemokratischen Irreführern – SPD und PDS!

Mit dem freien Fall der SPD in den Meinungsumfragen meldete sich auch Oskar Lafontaine in der *Bild*-Zeitung auf innenpolitischem Terrain zurück und bringt sich in Positur, den Scherbenhaufen aufzusammeln, falls Schröder scheitern sollte:

„Wenn sich nichts ändert, haben wir bald fallende Preise und eine todkranke Wirtschaft, SPD-Basis und Gewerkschaft müssen die Regierung zum Kurswechsel zwingen... Die Glaubwürdigkeit Schröders ist beschädigt. Rentenlüge, Steuerlüge und Haushaltslüge haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Der Kanzler verliert das Vertrauen der Wähler.“ Und: „Es ist so, als wäre Heinrich Brüning wiederauferstanden, jener Reichskanzler, der mit seiner Sparpolitik Massenarbeitslosigkeit verursachte und Hitler den Weg bereitete.“

Lafontaine ist besorgt, dass sich die SPD/Grünen-Regierung einfach zum Synonym für die Zerstörung des Lebensstandards der Massen macht. Und sicherlich demoralisieren SPD und Grüne damit Teile der Arbeiterklasse und treiben andere Teile in die Arme der CDU oder von rechten Demagogen wie Schill. Was aber ist Lafontaines Perspektive? Die SPD-Basis und die Gewerkschaften gegen den Kurs der SPD/Grünen-Regierung zu mobilisieren, ist sicherlich richtig. Doch Lafontaines Programm erschöpft sich darin, den alten „Sozial“staat wiederzubekommen, wie er es ausgiebigst in seinem Buch *Die Wut wächst* erläutert: mittels der Besteuerung der Reichen mit einer Vermögenssteuer.

Seit der Zerstörung der Sowjetunion und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten sieht aber die deutsche, wie auch jede europäische Bourgeoisie nicht mehr die Notwendigkeit, die Fassade des Sozialstaats aufrechtzuerhalten, weil sie nicht mehr der Konkurrenz mit den sozialen Errungenschaften der Sowjetunion ausgesetzt ist, sondern massiv gegen die Arbeiterklasse mit der triumphalen Lüge vom angeblichen „Tod des Kommunismus“ vorgeht. Sie hält den so genannten Sozialstaat für schlicht überflüssig, ein Hindernis für die stärkere Ausbeutung der Arbeiterklasse und ihre internationale Konkurrenzfähigkeit.

Ähnlich wie Lafontaine argumentiert die reformistische Gruppe Linksruck:

„SPD und Gewerkschaften hätten die Chance gehabt, den Aufstieg Hitlers zu verhindern, wenn sie damals Lohnsenkungen und Sozialabbau entschlossen bekämpft hätten. Stattdessen unterstützten die Arbeiterorganisationen den rechten Kanzler Brüning, der mit Notverord-

nungen die sozialen Errungenschaften der Weimarer Republik zerstörte.“ Und weiter: „Aber die teilweise erfolgreichen Abwehrkämpfe unter Kohl nach der Wiedervereinigung zeigen, dass es heute wie vor 120 Jahren trotz hoher Arbeitslosigkeit möglich ist, soziale Reformen zu erkämpfen... Als 1991 aus Protest gegen die Abbruchpolitik der Treuhand die Montagsdemonstrationen für einige Wochen wieder aufgenommen wurden, weitete die Regierung die ABM-Maßnahmen aus, um den Übergang in die Arbeitslosigkeit zeitlich zu strecken.“ (*Linksruck*, 3. Dezember)

Linksruck hat wirklich Nerven, die Proteste in Leipzig 1991 gegen die Massenentlassungen der damals schon zerstörten DDR-Industrie zu feiern. Linksruck bejubelte die Zerstörung der DDR und begrüßte die kapitalistische Wiedervereinigung, die zu dem industriellen Kahlschlag in der ehemaligen DDR führte, gegen den sich die 1991er-Proteste verzweifelt zur Wehr zu setzen versuchten. Generell war es die Politik Lafontaines und der SPD, die Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion durch die „Ostpolitik“ und die Unterstützung für die konterrevolutionäre So-

lidarność in Polen in den 80er-Jahren voranzutreiben. Klassenkämpfe gegen die Angriffe von Bossen und Regierung sind heute bitter notwendig. Doch statt sich Illusionen in die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens unter dem Stiefel der deutschen Bourgeoisie in einem kapitalistischen „Sozialstaat“ zu machen, muss die Arbeiterklasse die Lehren aus den heutigen Angriffen ziehen: Jede erkämpfte Reform unter dem Kapitalismus ist umkehrbar und erst die Machtergreifung der Arbeiterklasse kann den Grundübeln des Kapitalismus, Krieg, Rassismus und Unterdrückung, ein Ende bereiten.

Um diesen Kampf erfolgreich zu führen, ist ein politischer Kampf gegen die sozialdemokratischen Irreführer von SPD und PDS notwendig. Das ist der Kampf für eine proletarische leninistische Avantgardepartei, die als Tribun aller Unterdrückten, von Frauen, Immigranten, Roma, Schwulen und ethnischen Minderheiten auftritt. Eine solche Partei kann die Arbeiterklasse an die Macht führen, wie es die russischen Bolschewiki unter Führung von Lenin und Trotzki in der russischen Oktoberrevolution 1917 taten. **Für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei!** ■

Zehn-Punkte-Programm...

Fortsetzung von Seite 4

Bullen, Pfaffen und Richter raus aus den Schlafzimmern, Klassenzimmern und Arztpraxen! Weg mit den Gesetzen zur Minderjährigkeit! Nieder mit Anti-Sex-Kampagnen! Volle demokratische Rechte für Homosexuelle! Gegen die staatliche Verfolgung von Prostituierten! Nieder mit allen Gesetzen gegen „Verbrechen“ ohne Opfer, wie z. B. Sex im gegenseitigen Einverständnis und Drogenkonsum!

8 Für die Trennung von Kirche und Staat! Die Kirche ist eine Stütze des Kapitalismus. In der DDR nutzte die SPD die evangelische Kirche als Transmissionsriemen, um den Arbeiterstaat zu zerstören. Kirche raus aus Kindergärten und Schulen! Weg mit der Kirchensteuer! Verteidigt die Wissenschaft gegen Aberglauben und Mystizismus! Gegen jegliche Zensur von Medien durch Moralprediger von „Zucht und Ordnung“ wie Medienräte!

9 Für kostenlose Bildung auf höchstem Niveau für alle! Nieder mit den Studiengebühren! Weg mit der rassistischen und diskriminierenden Einteilung von Schülern auf verschiedene Schultypen wie Hauptschulen und Gym-

nasien! Für das Recht, in der Sprache eigener Wahl unterrichtet zu werden! Für offenen Zugang zur Universität mit einem staatlich bezahlten Stipendium für alle! Unis unter die Kontrolle von Uniarbeitern, Studenten und Lehrkräften!

10 Die Sozialdemokratie (SPD und PDS) ist das historische Hindernis für eine proletarische Revolution in Deutschland, da sie die Arbeiter und Unterdrückten an die Bourgeoisie bindet. SPD und PDS sind bürgerliche Arbeiterparteien, bestehend aus einer proletarischen Basis, aber einer prokapitalistischen Führung. Wir kämpfen dafür, die Arbeiterklasse von dieser Führung zu brechen. Die SPD wurde mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 endgültig zum Lakaien der Kapitalisten! Für den Aufbau einer trotzkistischen Avantgardepartei in Tradition der Bolschewiki von 1917, die als Volkstribun aller Unterdrückten auftritt! Solch eine revolutionäre, multiethnische Arbeiterpartei ist notwendig, um das Proletariat in einer sozialistischen Planwirtschaft, in der die Arbeiter die Produktionsmittel besitzen! Für neue Oktoberrevolutionen auf dem ganzen Planeten! Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale! ■

Bestellt!

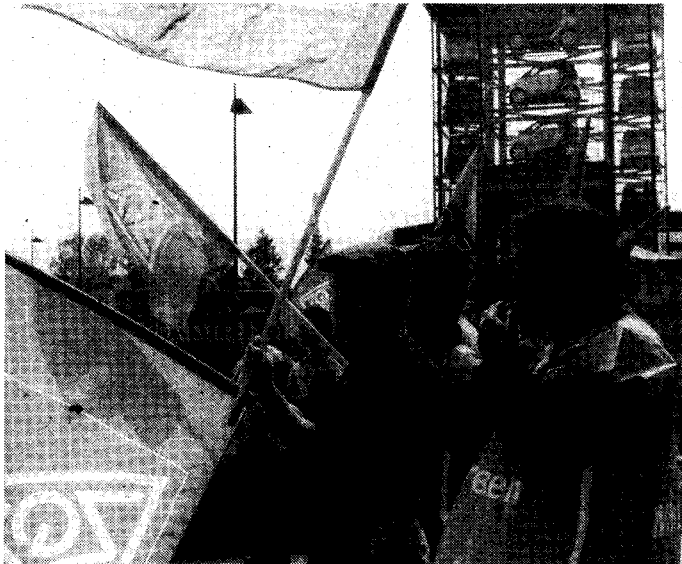
Lenin und die
Avantgardepartei
Deutsche Ausgabe
€ 1,50

Marxismus
kontra
Anarchismus
Deutsche Ausgabe
€ 2,-




Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Spartakist

Multiethnische IG-Metall-Streikpostenkette, Mai 2002

Verteidigt Immigranten...

Fortsetzung von Seite 7

obwohl die einzigen Beweise gegen sie von einem gekauften „Kronzeugen“ kommen. Es wurden nie Beweise gefunden, die einen der Angeklagten mit irgendeinem Verbrechen in Verbindung bringen. Angeblich sollen sie den Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Flüchtlinge in Westberlin durchgeführt haben, um die Akten zu zerstören, die für die Abschiebungen benutzt werden, und dem Leiter der Berliner Ausländerbehörde und Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht ins Knie geschossen haben. Gleichzeitig warten Hunderte von Flüchtlingen in den Abschiebeknästen und werden oft in Folter oder Tod deportiert. Die Taten, die den Revolutionären Zellen vorgeworfen werden, sind vom Standpunkt der Arbeiterklasse keine Verbrechen. *Weg mit allen Anklagen gegen die Revolutionären Zellen! Für sofortige Freilassung der Angeklagten im Berliner RZ-Prozess!*

In den Monaten nach dem Anschlag auf das WTC sahen sich die Bewohner von Städten wie Hamburg und Berlin massiver Polizeipräsenz und schwer bewaffneten Razzien und Personenkontrollen ausgesetzt, wie es sie seit der Jagd auf die Rote Armee Fraktion 1977/78 nicht mehr gegeben hat. Der Paragraph 129a wurde in den 70er-Jahren im Rahmen des Kreuzzugs der SPD/FDP-Regierung gegen die RAF eingeführt und auch die Rasterfahndung fand damals zum ersten Mal statt. Die RAF, die aus der Radikalisierung der 60er-Jahre kam, dachte, dass sie die Bevölkerung zur Revolte bringen könnte, indem sie individuelle Aktionen gegen Repräsentanten des „Schweinesystems“ durchführte. Ähnlich wie bei den Revolutionären Zellen sind Aktionen gegen den bürgerlichen Staat und gegen Vertreter der herrschenden Klasse vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus keine Verbrechen und wir haben die RAF gegen den bürgerlichen Staat, der über ein Dutzend Mitglieder der RAF und anderer Gruppen durch legalisierte „gezielte Todesschüsse“ umbrachte, verteidigt. Doch die Strategie der RAF, einzelne Vertreter der Bourgeoisie auszuschalten, bringt das kapitalistische System als Ganzes nicht ins Wanken. Ihre kleinbürgerliche Ungeduld und komplette Ablehnung jeglicher Orientierung auf die Arbeiterklasse machten ihr Programm zu einem politischen Hindernis auf dem Weg zu einer Mobilisierung des Proletariats, die den Kapitalismus stürzen kann (siehe auch „SPD/Grünen-Regierung greift die Linke an“, *Spartakist* Nr. 143, Frühjahr 2001). Wir fordern die Freiheit der Gefangenen der RAF und der

Revolutionären Zellen und aller anderen linken Gefangenen, von denen einige seit Jahrzehnten hinter Gittern schmachten.

Als in der Fischer-Affäre der Außenminister für seine Aktivitäten als Teilnehmer der sich radikalierenden Studentenbewegung in den 60er- und 70er-Jahren angegriffen wurde, führte dies zu einem erneuerten Interesse an der RAF. Jugendliche, die sich erst kürzlich radikalisiert haben, und die gegen den deutschen Imperialismus und gegen seine von den Ex-Friedensaktivisten geführte Intervention auf dem Balkan protestieren, wollen wissen, was aus der Generation der 68er wurde. Es gab sogar eine Reihe von Filmen wie „Black Box BRD“ oder „Die innere Sicherheit“, in denen die RAF und andere Radikale nicht unsympathisch dargestellt werden. Offenbar fühlen sich die kapitalistischen Herrscher und ihre Helfer in Regierung und Medien genötigt, die RAF noch einmal anzugreifen. *Der Spiegel* (21. Oktober 2002) brachte einen Hauptartikel von Peter Homann, der versucht, die RAF, deren Ziele hauptsächlich Vertreter des kapitalistischen Staates waren, mit den Selbstmordattentätern vom 11. September gleichzusetzen, die in krimineller Weise Tausende von Arbeitern unterschiedlichster Herkunft, Hautfarbe und Religion umbrachten. Er zieht alle Register und geht sogar so weit, nach einem Zitat von Ulrike Meinhof zu behaupten: „Hört sich an wie Göbbels im Sportpalast oder Mohammed Atta beim Anflug auf die Twin Towers“. Seit der Zerstörung des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates und der konterrevolutionären kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands ist „islamischer Terrorismus“ der Ersatz für die „kommunistische Gefahr“ geworden. Während islamische Gruppen und angebliche Muslime im Allgemeinen die ersten Zielscheiben der staatlichen Unterdrückung sind, ist das eigentliche Ziel die Verteidigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems. Sich jetzt noch einmal die RAF vorzunehmen ist nur ein Zeichen dafür, dass die wirklichen Feinde des Staates diejenigen sind, die sich gegen das absolut gewalttätige imperialistische System stellen.

SPD – Partei der Notstandsgesetze

Angesichts einer sozialdemokratischen Regierung, die zusammen mit den Grünen und einer Reihe von Ex-Linken an der Macht ist, schürt die reformistische Linke in typischer Weise Illusionen, dass diese Regierung eine Kraft für Demokratie sei. Tatsächlich aber erinnern die Maßnahmen, die sie durchdrückt, an Polizeistaatsregime. Der PDS-nahe *Freitag* veröffentlichte die Rede von Rolf Gössner auf der Attac-Kundgebung beim bundesweiten Aktionstag am 14. September in Köln. Er sprach über die Angriffe auf die „Freiheitsrechte“ und knöpfte sich die Regierung vor: „In einer solch aufgeheizten Situation der Angst und Unsicherheit wäre es Pflicht der Regierung gewesen, Realitätssinn und Augenmaß zu bewahren, statt dem Schrei nach dem ‚starken Staat‘ mit symbolischer Politik zu folgen“. Wenn man sich die Geschichte der SPD-Regierungen in Deutschland anschaut, angefangen 1919 mit dem Aufruf, Liebknecht und Luxemburg zu ermorden, und der anschließenden Jagd auf revolutionäre Arbeiter über die Notstandsgesetze in den 60er-Jahren bis zu der Jagd auf die RAF in den 70er-Jahren, war die SPD immer in der ersten Reihe, wenn es darum ging, unterdrückerische Gesetze durchzusetzen und zu verschärfen. So ist Gössners Rede ein Alibi für die SPD und eine Abdeckung ihrer Angriffe auf die Linke und die Arbeiterklasse, mit dem Ziel, Unterstützung für die SPD zu mobilisieren. Der kapitalistische Staat – Bullen, Gerichte, Gefängnisse und Armee –, egal ob von der SPD oder der CDU verwaltet, ist nichts anderes als ein Instrument der organisierten Gewalt, um die Interessen der Kapitalisten gegen die Arbeiter, die den Reichtum dieser Gesellschaft produzieren, zu verteidigen.

Das einzige Recht, das der Bourgeoisie heilig ist, ist Eigentum zu besitzen und Arbeiter auszubeuten. Die wertvollen Rechte der Arbeiterklasse wurden nie freiwillig von den Kapitalisten gewährt, sondern durch harte und oft blutige Klassenkämpfe gewonnen. In seiner Abhandlung *The State in Theory and Practice* [Der Staat in Theorie und Praxis] von 1935 bemerkt Harold Laski: „Wie zufällig war doch das Einhergehen von Kapitalismus und Demokratie. Es war nicht das Ergebnis einer essentiellen Harmonie innerer Prinzipien, sondern [Ergebnis] der sich in ökonomischer Entwicklung befindenden Epoche... Soziale Reformen würden angeboten, solange diese nicht die wesentlichen Verhältnisse des kapitalistischen Systems in Gefahr bringen.“ Kein anderes Land sollte bessere Bekanntschaft mit der Wahrheit dieser Erklärung gemacht haben als Deutschland, wo die Bourgeoisie einen Handel einging, Hitler an die Macht zu bringen, um ihr System vor einer Arbeiterrevolution wie der bolschewistischen in Russland 1917 zu retten.

Gerade weil die Popularität der Regierung in den Umfragen dramatisch sinkt und unter breiten Schichten der Gesellschaft die Unzufriedenheit wächst, ist es besonders wichtig für sie, im „Krieg gegen Terror“ ein paar Siege vorweisen zu können, um die massiven Angriffe auf die demokratischen Rechte zu rechtfertigen. Zu diesem Zweck wurde Mounir Al-Motassadeq wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zum Mord in 3045 Fällen angeklagt. Dieser in der Presse aufreißerisch berichtete Prozess in Hamburg basiert auf einer Überweisung im Jahr 2000 und auf der Annahme, dass Al-Motassadeq aufgrund seiner guten Bekanntschaft mit Mohammed Atta auch in die Planungen der Anschläge auf das WTC und das Pentagon einbezogen gewesen sei. Laut *Spiegel Online* (22. Oktober) „gestand auch Generalbundesanwalt Kay Nehm ein, dass die in der Anklage aufgeführten Beweise einzeln gesehen nicht strafbar seien.“ So wie mit den massiven Razzien in Moscheen will der Staat auch mit diesem Prozess zeigen, dass er an der Heimatfront im „Krieg gegen Terror“ etwas erreicht. Aber es waren genau die deutschen und amerikanischen Bourgeoisien, die die Freunde von Mohammed Atta, die Mudschahedden, in den 80er-Jahren bewaffnet, ausgebildet und bezahlt haben. Die Frankenstein-Monster der Imperialisten wenden sich gegen ihre Erschaffer. Diese Schlächter ermordeten Lehrer, die Mädchen Lesen und Schreiben beibrachten, Frauen, die den schrecklichen Ganzkörperschleier ablegten, und Kommunisten. Wir standen auf der Seite der sowjetischen Roten Armee in Afghanistan und forderten die Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die Völker Afghanistans. Wir sagten: Hoch die Rote Armee in Afghanistan!

Gewerkschaften müssen gegen Staatsterror kämpfen

Außerhalb des Gerichts sind die Straßen Hamburgs seit Wochen die Szenerie für massive Polizeimobilisierungen des rechtspopulistischen Innensensors Schill, der den Unterstützern der geräumten Bambule-Bauwagenbewohner Gewalt vorwirft. Als am 18. November der sizilianische Immigrant Lucio Furnari aus dem Restaurant, in dem er saß, zu einem Kiosk auf der gegenüberliegenden Seite der Straße gehen wollte, um Zigaretten zu holen, wurde er von der Polizei, die gerade gegen eine Bambule-Demo vorging, bewusstlos geschlagen. Tatsächlich ist die Polizei so brutal vorgegangen, dass sogar Zivilbullen aus Schleswig-Holstein von ihren eigenen Kollegen aus Thüringen, die sie für Demonstranten hielten, mit Schlagstöcken übel zugerichtet wurden. Die Demonstrationen treten für das Recht ein, so zu leben, wie man will, und richten sich gegen die Kürzungen der CDU/Schill-Regierung. Die dagegen gerichtete massive, andauernde Mobilisierung der Polizei aus ganz

Norddeutschland zeigt deutlich den Versuch, die Bevölkerung zu reglementieren und massive Polizeipräsenz als Normalzustand zu etablieren.

Wie viel von diesem „Sicherheitspaket“ die Regierung tatsächlich durchsetzen kann, wird bestimmt durch das Niveau an sozialen Kämpfen. Die Arbeiterklasse hat jeden Grund, gegen den wirklich Furcht einflößenden „Kampf gegen Terror“ zu mobilisieren, der letztendlich benutzt werden wird, um die Arbeiterbewegung anzugreifen. Schon jetzt sind Teile des „Sicherheitspaketes“ direkt gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Obwohl es in der bürgerlichen Presse kaum erwähnt wird, werden nach den Änderungen des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes Tausende Arbeiter examiniert. Angestellte von Banken, Wasserwerken, Pharmakonzernen, Krankenhäusern, der Transportindustrie und andere sind betroffen von Sicherheitsuntersuchungen, die aus 20 Fragen über das persönliche Leben bestehen, so auch über Verbindungen zu „verfassungsfeindlichen Organisationen“. Diese Informationen werden dann von BND, VS und BKA überprüft. Arbeiter bei Lufthansa und anderen Firmen wurden bereits gefeuert aufgrund von „Verbrechen“ wie der Verweigerung eines Alkoholtests bis hin zum Jahrzehnte zurückliegenden Verkauf marxistischer Literatur.

Ein Beispiel dafür, wie die Arbeiterklasse kämpfen kann, um ihre Rechte und die der Immigranten und aller Unterdrückten zu verteidigen, war die Mobilisierung am 9. Februar 2002 in Oakland, USA. Unsere amerikanischen Genossen initiierten eine Einheitsfront-Kundgebung, eine zentral auf der organisierten Arbeiterschaft basierende Mobilisierung von Gewerkschaftern, Schwarzen und anderen zur Verteidigung der Rechte von Immigranten und gegen die neuen Repressionsgesetze der Regierung. Die Demo wurde organisiert unter den Losungen „Anti-Terror-Gesetze zielen auf Immigranten, Schwarze, Arbeiter – Nein zum USA-Patriot Act und dem Hafensicherheitsgesetz!“ und „Nieder mit der Anti-Immigranten-Hexenjagd!“ Der USA-Patriot Act erlaubt es, Menschen, die keine amerikanische Staatsbürgerschaft haben, ohne Anhörung abzuschicken, während das Hafensicherheitsgesetz ein Frontalangriff auf die Hafengewerkschaften ist, traditionell eine der Bastionen der Macht der Arbeiter. Entscheidend für die Mobilisierung zu dieser Kundgebung war das Verständnis, dass die Macht der Arbeiterklasse nur in völliger Unabhängigkeit von der Kapitalistenklasse, ihrem Staat und ihren Parteien mobilisiert werden kann. Die kapitalistischen Herrscher treiben den „Krieg gegen Terror“ voran, um die Arbeiterklasse entlang nationaler, ethnischer und rassistischer Linien zu spalten. Arbeiter, Immigranten und alle Unterdrückten können bei der Durchsetzung ihrer Interessen nur gemeinsam Fortschritte machen – oder sie werden getrennt voneinander geschlagen.

Die Kundgebung von Oakland zeigte im kleinen Maßstab, was weltweit notwendig ist: eine revolutionäre Arbeiterpartei, die als Volkstribun aller Unterdrückten agiert, was nur möglich ist mit dem Verständnis, dass wir dieses ganze System der kapitalistischen Lohnsklaverei ein für alle Mal abschaffen müssen. Die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland ordnet die Arbeiter einer Allianz mit den sozialdemokratischen Parteien SPD und PDS unter, die den deutschen Imperialismus im Interesse der Kapitalisten verwalteten. Die SpAD kämpft für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei in diesem Land, wo eine Arbeiterrevolution nur verwirklicht werden wird, wenn Türken, Kurden und andere für die Arbeiterklasse strategisch wichtige ethnische Gruppen eine führende Rolle in der Avantgarde spielen und in dem Kampf, die Arbeiterklasse an die Macht zu führen. **Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Verteidigt alle linken Opfer von staatlicher Unterdrückung! Nieder mit dem Verbot von PKK, DHKP-C und THKP-C! Verteidigt demokratische Rechte! ■**

Nieder mit der „Antiterror“-Liste der US-Regierung!

Hände weg von der Kommunistischen Partei der Philippinen!

Am 9. August erklärte die US-Regierung die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) und ihre Neue Volksarmee (NPA) zu „ausländischen terroristischen Organisationen“ und verbot damit jegliche „materielle Unterstützung oder Hilfsmittel“ für die CPP. CPP-Unterstützer können aus den USA ausgewiesen oder es kann ihnen die Einreise verweigert werden. Einige Tage später sperrte auf Geheiß der USA die holländische Regierung das persönliche Bankkonto von CPP-Führer Jose Maria Sison und verweigerte ihm die Unterkunft, Verpflegung und medizinische Beihilfe, die ihm als Flüchtling in den Niederlanden zustehen. Zahlreiche weitere philippinische Linke in den Niederlanden

sind der gleichen Gefahr ausgesetzt, einschließlich Sisons Genosse Luis Jalandoni. Diese Maßnahmen sind besonders beunruhigend angesichts von Drohungen, Sison an die USA auszuliefern.

Am 29. August setzte auch die kanadische Regierung die CPP, NPA und Sison auf ihre „Terroristen“-Liste. Begleitet von einer hysterischen Medienkampagne, die Sison mit Osama bin Laden vergleicht, ist die Europäische Union jetzt ebenfalls kurz davor, die CPP zu verbieten.

Sison verbrachte neun Jahre in den Gefängnissen des ehemaligen von den USA unterstützten Diktators Ferdinand Marcos, wo er auch gefoltert wurde. 1986 wurde er von Corazon Aquino, Marcos' Nachfolgerin, freigelassen, dann aber während eines Auslandsaufenthaltes vom Aquino-Regime wegen subversiver Tätigkeit angeklagt. Wiederholte Attentatsversuche, zuerst unter Aquino, dann unter Joseph Estrada, misslangen.

Die Hexenjagd auf Sison und die CPP/NPA erfolgt im Zusammenhang mit einer brutalen Aktion des Arroyo-Regimes gegen Linke und muslimische Sezessionisten auf den Philippinen, eine Aktion, die durch Hunderte von amerikanischen Soldaten unterstützt wird. Trotz unserer grundlegenden politischen Differenzen mit der stalinistischen CPP rufen wir die Arbeiterbewegung international dazu auf, sie gegen staatliche Repression zu verteidigen. Der Angriff der amerikanischen Regierung auf die CPP im Namen des „Kriegs gegen den Terror“ unterstreicht die Tatsache, dass die Angriffe der Bush-Regierung auf die Rechte von Muslimen und Arabern letztlich auf die Linke und die Arbeiterbewegung abzielen.

Kanada, wo es wie in den USA eine große Filipino-Bevölkerung gibt, droht mit einer groß angelegten Hexenjagd gegen die philippinische Linke. Eine kleine rechtsgerichtete Zwei-Wochenzeitung in Vancouver, die *Asian Pacific Post* (19. September – 9. Oktober), berichtete: Kanadische Bullen und Spitzel „gehen den Spendenaktivitäten verschiede-



AP

21. Oktober: Demonstranten in Manila verbrennen eine Puppe, die Gloria Arroyo darstellte. Protest richtet sich gegen Pläne der Regierung, drakonische „Antiterror“-maßnahmen durchzuführen

ner Filipino-kanadischer Vereine in B.C. [British Columbia] nach, um festzustellen, ob sie Geld an kommunistische Rebellen auf den Philippinen fließen lassen.“ Ein ungenannter Regierungsfunktionär sagte der *Asian Pacific Post*: „Wir beobachten eine ganze Reihe von Sachverhalten, die mit dem Spendenaufkommen der Filipino-Gruppen zu tun haben, wir schauen uns Bankkonten an und das ausgedehnte Überweisungssystem, das die migrierten Arbeiter benutzen, um Geld nach Hause zu schicken.“

Unter den Gruppen, die überwacht und schikaniert werden, sind das B.C. Committee for Human Rights in the Philippines, SKILAB (eine philippinische Arbeitergruppe im Ausland) und die Filipino-Canadian Youth Alliance – Vancouver. Eine weitere Gruppe, die Angriffen ausgesetzt ist, ist die Filipino Nurses Support Group, eine Arbeiterorganisation, die philippinische Krankenschwestern in Kanada vertritt. Wie ausgedehnt diese Hexenjagd ist, zeigt die Tatsache, dass eine der genannten Gruppen das Philippinische Frauenzentrum ist, das von der kanadischen Regierung für eines seiner Programme finanzielle Unterstützung erhielt.

Die Drohung der Regierung, die Geldüberweisungen zu überwachen, richtet sich tatsächlich gegen jeden eingewanderten Arbeiter, da so gut wie alle Immigranten Geld an ihre Familien nach Hause schicken. Schätzungsweise vier Millionen Filipinos arbeiten als Seeleute, schuften auf den Ölfeldern des Nahen Ostens oder arbeiten als Hausangestellte, Textilarbeiter oder Krankenschwestern in Europa und Nordamerika. Ihre Geldüberweisungen, an die vier Milliarden Dollar pro Jahr, machen ungefähr sechs Prozent der philippinischen Wirtschaft aus und sind in dieser schrecklich armen US-Neokolonie eine bedeutende Quelle harter Währung.

Ein Beispiel dafür, wie verheerend sich ein Vorgehen gegen die Geldüberweisungen auswirken kann, war letztes Jahr die Schließung des mit Somalia verbundenen al-Bara-

kaat, eines von mehreren *hawalas* oder informellen Netzwerken zur Geldüberweisung, die somalische Immigranten benutzen. Nach dem 11. September wurde al-Barakaat auf die „Terrorismus“-Liste gesetzt und in den USA, Kanada und anderswo geschlossen, da US-Behörden behaupteten, es sei ein Kanal zur Weiterleitung von Al-Qaida-Geld. In Somalia – das von Hunger und imperialistischer Zerstörung verwüstet ist, ohne Banken, Postämter oder andere Infrastruktur – werden derartige Netzwerke von 80 Prozent der Bevölkerung für die alltäglichen Bankgeschäfte benutzt und vor allem, um Geldmittel aus dem Ausland zu erhalten, auf die viele in ihrer Existenz angewiesen sind. Weniger als ein Jahr später, als die USA die CPP auf ihre „Terrorismus“-Liste setzten, nahmen sie al-Barakaat wieder *herunter*, weil es ... keine „terroristischen Verbindungen“ gab!

Die philippinische Regierung benutzte das Verbot der CPP durch die USA dazu, „Friedens“-verhandlungen mit den Guerillakräften der CPP/NPA abzubrechen und die CPP für „terroristisch“ zu erklären. Das philippinische Militär, unterstützt von Hunderten von US-„Beratern“, hat die Kampagne gegen die zwielichtigen Abu-Sayyaf-Guerillas als Vorwand benutzt, um Regimekritiker, Linke und Abtrennungsbefürworter unter der unterdrückten muslimischen Minderheit auf Mindanao und anderen südlichen philippinischen Inseln zu verfolgen. Das „Verschwinden“ von Menschen und Angriffe auf Linke und Gewerkschaftsführer haben seit der Ankunft der US-Truppen zu Beginn des Jahres stark zugenommen. Arroyo hat auch die Verleumdungskam-

pagne gegen die NPA verschärft und nennt sie schlimmer als Abu-Sayyaf, um die linksgerichteten Guerillas zur Liquidierung freizugeben.

Es gab Proteste in den Niederlanden, Kanada und den USA gegen die tödliche Hexenjagd auf die CPP. Es ist entscheidend, dass die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Angriffe der Regierung auf die Linke und auf demokratische Rechte aufnimmt; die Gesetze, die im Moment hauptsächlich auf Immigranten abzielen, werden gegen die gesamte Arbeiterklasse eingesetzt werden. Dieselbe Regierung, die die CPP verboten hat, setzte auch das gewerkschaftsfeindliche Taft-Hartley-Gesetz gegenüber der Hafenerbeitergewerkschaft ILWU an der Westküste ein. In Oakland, Kalifornien, war am 9. Februar ILWU Local 10 [Ortsgruppe der ILWU], eine treibende Kraft bei der Einheitsfrontdemonstration, die die Labor Black League for Social Defense und das Partisan Defense Committee zur Verteidigung von Immigranten und gegen die „Antiterror“-Gesetze initiiert hatte. Unter den vielen Organisationen, die die Protestaktion unterstützten, war die Filipino Workers Association, und einer ihrer Führer sprach auf der Kundgebung.

Die Verteidigung der CPP und anderer philippinischer Linker ist eine äußerst wichtige Aufgabe für die internationale Arbeiterbewegung. **Bekämpft die „Antiterror“-Hexenjagd! Hände weg von der CPP und Jose Maria Sison! US-Truppen raus aus den Philippinen!**

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 790,
1. November 2002

Sieg den Feuerwehrleuten...

Fortsetzung von Seite 18

immigrierte Frauen aus Asien ein. Neil Kinnock und die TUC-Spitzen verrieten den Bergarbeiterstreik von 1984/85, womit sie Thatcher ihren größten Sieg verschafften und schließlich Blair den Weg ebneten. Und die Labour Party vertrat die Interessen des britischen Imperialismus im Ausland und unterstützte beide interimperialistische Weltkriege und den Koreakrieg. Labour-Regierungen haben in Indien und dem Nahen Osten blutige Kolonialpolitik betrieben, bei konterrevolutionären Kriegen nach dem Zweiten Weltkrieg in Malaysia und Griechenland Arbeiter und Bauern ermordet und 1969 die Armee nach Nordirland geschickt. Wir brauchen eine Partei, die sich nicht nur auf die Arbeiterklasse stützt, sondern die grundlegenden Klasseninteressen der Arbeiterklasse verkörpert – von der Verteidigung von Arbeitern und Minderheiten im eigenen Land bis zur antiimperialistischen Solidarität mit unseren Klassenbrüdern und -schwestern in der ganzen Welt.

Die Gewerkschaften müssen auf der breitest möglichen industriellen Basis aufgebaut sein, um so die Einheit der Arbeiterklasse gegen die kapitalistischen Ausbeuter zu maximieren. Gleichzeitig kämpfen wir dafür, eine multiethnische kommunistische Avantgardepartei zu schmieden, deren Ziel es ist, die Unterschiede zwischen konkurrierenden politischen Strömungen klar hervortreten zu lassen, um so das Bewusstsein der arbeitenden Massen zu erhöhen. Eine „Partei der Gesamtklasse“, basierend auf der Mitgliedschaft aller Gewerkschaftsmitglieder, steht in genauem Widerspruch zu diesem Ziel. Im Gegensatz dazu wollen wir die fortgeschrittensten Arbeiter und revolutionären Jugendlichen in einer leninistischen Partei vereinen, deren Ziel es ist, die Arbeiter zur Staatsmacht zu führen.

Die britische Bourgeoisie und ihre Leutnants von der Labour Party haben die Produktionsbasis dieses Landes vor die Hunde gehen lassen und damit auch die Lebensgrundlage von Millionen Menschen zerstört. Ganze Bevölkerungsteile

in Wales, Schottland, Nordengland und anderswo sind zu dauerhafter Arbeitslosigkeit verurteilt. Die Schließung der Fabriken in Orten wie Oldham oder Burnley hat diese Gebiete verwüstet und in einen Nährboden für faschistischen Abschaum verwandelt. Es ist möglich, die Wirtschaft wieder zu beleben und die derzeit erbärmliche Lebensqualität der britischen arbeitenden Bevölkerung enorm zu erhöhen, doch nicht im Rahmen des Kapitalismus. Was wir brauchen, ist nicht das „Old-Labour“-Programm von stückchenweisen Nationalisierungen, die bloß die Bankiers und Bosse bereichern haben, sondern die Enteignung der gesamten Kapitalistenklasse durch eine sozialistische Revolution und die Errichtung einer Arbeiterregierung – einer Regierung, die sich auf Arbeiterräte stützt und nicht aufs Parlament der Kapitalisten. Eine solche Regierung würde die Wiederbelebung der Wirtschaft durch eine kollektivierte Planwirtschaft mit ein paar ehrgeizigen Fünf-Jahres-Industrialisierungsplänen in Angriff nehmen und für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kämpfen auf dem Weg zu einer sozialistischen Weltordnung. **Sieg dem Feuerwehrstreik!** ■

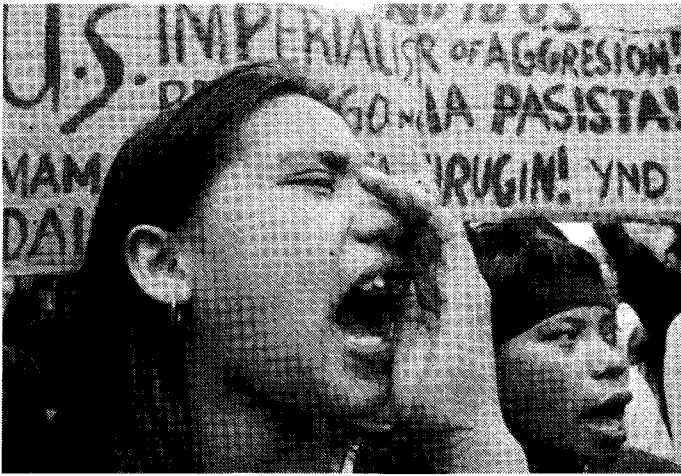
Spartacist Ireland

Herausgegeben von der Spartacist Group Ireland, irische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

Abonniert:
4 Ausgaben € 7,-

Bestellt bei:
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60





AP

Manila, 16. Oktober: Demonstranten vor US-Botschaft prangern Kriegskurs gegen Irak und gemeinsame Manöver des US- und philippinischen Militärs an

Philippinen...

Fortsetzung von Seite 32

ehemalige Kolonialmacht auf den Philippinen. Die Kampagne zur Aufzwingung sozialer Reglementierung und Anpassung wird gerechtfertigt als Bestandteil von Arroyos Kreuzzug zur Errichtung einer „starken Republik“ auf der Basis von Privateigentum, Antikommunismus und „Familienwerten“. Solche Positionen haben zur Ermutigung der katholischen Kirche beigetragen, deren soziales Gewicht seit ihrer Schlüsselrolle bei der ersten „Volksmacht“-Revolte, die 1986 die blutige Diktatur von Ferdinand Marcos stürzte, beträchtlich gewachsen ist.

In den 90er-Jahren hatte die Kirche eine Million ihrer Anhänger mobilisiert gegen das Familienplanungsprogramm der Regierung des damaligen Präsidenten Fidel V. Ramos, eines Protestanten. Und mit Unterstützung einer Menge von „Familienschutz“- und „Lebensschutz“-Gruppen gelang es der mächtigen Katholischen Bischofskonferenz der Philippinen, Gesetzesvorlagen zur Legalisierung von Scheidung und gleichgeschlechtlicher Ehe abzuschmettern. Solche Manöver der Kirche zielen auf die Verfestigung und Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Familie, der Schlüsselinstitution zur Unterdrückung der Frau und dem Hauptinstrument zur sozialen Kontrolle in der kapitalistischen Gesellschaft. Frauenunterdrückung wird noch verschlimmert durch religiöse Rückständigkeit – sei es katholische, muslimische oder jede andere –, die die Frauen lehrt, ihr „natürlicher Platz“ sei zu Hause, um sich am Herd und mit der Wäsche abzurackern und im Schlafzimmer sexuell verfügbar zu sein, ohne die Wahl, ob oder wie viele Kinder sie gebären wollen.

Zurzeit hat die Kirche die Vorlage des bescheidenen Gesundheitsvorsorge- und Sexualberatungsgesetzes im Visier, die von dem konservativen Senator Rodolfo Biazon, einem ehemaligen Befehlshaber der philippinischen Marineinfanterie, vorgelegt wurde. Die Gesetzesvorlage will lediglich Frauen Informationen über Geburtenkontrolle zur Verfügung stellen. Aber auf den Philippinen, wo Sexualerziehung in den Schulen keine Pflicht ist und wo „Sexualerziehungs“-Programme und Informationsmaterial hauptsächlich „Keuschheit“ und Enthaltensamkeit lehren, sind selbst kleinste Reformen eine willkommene Abweichung von der vorherrschenden erstickenden von Priestern beherrschten Atmosphäre und werden daher von der Bourgeoisie als schwere Bedrohung für die soziale Ordnung angesehen. Religiöse Führer haben die Urheber der Vorlage als „Ehebrecher, Unzüchtige und Terroristen“ gebrand-

markt. Die katholische Hierarchie pfeift auf die in der Verfassung festgeschriebene Trennung von Kirche und Staat. Sie hat öffentlich Politiker davor gewarnt, Empfängnisverhütung zu unterstützen unter der Androhung, in den Wahlen von 2004 gegen sie zu Felde zu ziehen. Deshalb haben nur drei von 24 Senatoren und 60 von 216 Abgeordneten des Unterhauses die Gesetzesvorlage unterschrieben.

Kämpft für Frauenrechte!

Nach Angaben der feministischen Gruppe Likhaan gibt es auf den Philippinen 2,6 Millionen Schwangerschaften im Jahr, von denen über die Hälfte „unbeabsichtigt, erzwungen und ungewollt“ sind. Ungefähr 4000 davon enden mit dem Tod der Mutter infolge von Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt einschließlich verpuschter Abtreibungen. Eine professionell durchgeführte Abtreibung ist eine sichere und einfache medizinische Prozedur. Wenn man sie in den Untergrund verbannt, kann sie tödlich enden. Vorsichtigen Schätzungen zufolge werden 800 000 Abtreibungen im Lande vorgenommen; wenigstens 80 000 Frauen wurden nach Angaben der Bevölkerungskommission infolge verpuschter Abtreibungen ins Krankenhaus eingeliefert. In der Untersuchung wurde auch festgestellt, dass der Gebrauch von Verhütungsmitteln, den die katholische Kirche verbietet, unter philippinischen Frauen im Jahre 2001 auf 47 Prozent fiel, im Vergleich zu 49 Prozent im Jahre 1999.

Im Jahre 1999 führten religiöse Reaktionäre eine Kampagne durch, schwangere Frauen davon abzuhalten, sich gegen Tetanus impfen zu lassen, indem sie das Schreckgespenst einer durch den Impfstoff hervorgerufenen Fehlgeburt an die Wand malten. Die Kampagne schreckte Mütter von Tetanusimpfungen ab und hielt offenbar auch Kinder von den Gesundheitszentren fern, wo sie ihre regelmäßigen Impfungen bekommen sollten. Daraufhin stieg ein Jahr später die Zahl an Masern erkrankter oder sogar gestorbenen Kinder dramatisch an.

Die reaktionäre Partnerschaft zwischen Kirche und bürgerlichem Staat zeigt sich in der jüngsten Welle von Budgetkürzungen für die öffentlichen Gesundheits- und Sozialdienste in Verbindung mit Moral-Terrorismus und finanziellem Druck seitens des Klerus. Neben dem Verbot von Postinor durch die Regierung hat die Kirche auch erfolgreich die Inhaber der 7-11-Läden auf den Philippinen dazu gezwungen, den Verkauf von Kondomen einzustellen, und hat einige *barangay* (dörfliche) öffentliche Gesundheitszentren davon abgehalten, kostenlose Verhütungsspielen an werktätige und arme Frauen abzugeben. Auf den Zentralphilippinen hat der Klerus Werbeplakate für Verhütungsmittel heruntergerissen und in der Stadt Iloilo mehreren Warenhäusern, darunter den Supermarktketten ShoeMart und Gaisano, mit der Kündigung des Mietverhältnisses gedroht, sollten sie weiterhin öffentlich Kondome verkaufen. Diese Kampagne religiöser Rückständigkeit erinnert an die 350 Jahre, die das Archipel, damals im Besitz seiner Allerkatholischsten Majestäten Spaniens, unter der Herrschaft der Ordensbrüder zubrachte.

Die United States Agency for International Development (USAID) [US-Agentur für internationale Entwicklung], die seit elf Jahren technischen Beistand und Hilfslieferungen zur Unterstützung der Geburtenkontrolle auf den Philippinen zur Verfügung stellte, beschloss im September, die Hilfe bei der Beschaffung von Kondom-Lieferungen einzustellen. Dies geschah trotz der wachsenden Besorgnis internationaler Gesundheitsgremien über den Anstieg von HIV/AIDS und anderer durch Sexualkontakt übertragener Krankheiten auf den Philippinen. Die Entscheidung von USAID ist Teil der gegenwärtigen Politik der US-Regierung, jeglicher im Ausland arbeitenden Organisation, die Familienplanung und Hilfe bei Abtreibung

anbietet, die Mittel zu kürzen. Die Hilfslieferungen oraler Verhütungsmittel durch USAID werden 2003 eingestellt, und das Land besitzt nur noch ausreichende Vorräte bis September 2004. Während einer Protestaktion, die vor kurzem vor der US-Botschaft in Manila stattfand, schossen Demonstranten, aus Empörung über den Vollzug der Knebelanordnung der Bush-Regierung, fünf mit Kondomen überzogene Feuerwerksraketen auf das Botschaftsanwesen.

All dies passiert, während die imperialistischen US-Herrscher weiterhin Hunderte von Elitesoldaten und Berater im Lande unterhalten und Tonnen von Kriegsmaterial einschleusen zur Erweiterung des staatlichen Unterdrückungsarsenals der philippinischen Bourgeoisie. Unter dem Deckmantel des „globalen Kriegs gegen den Terror“ haben sich über 100 US-Soldaten Einheiten der philippinischen Armee bei deren blutiger Jagd auf Unterstützer der Abtrennung der historisch muslimischen südlichen Insel Mindanao angeschlossen. Wir sagen: *Philippinische Truppen raus aus Mindanao! US-Truppen raus aus Mindanao und den gesamten Philippinen!*

Klassenzusammenarbeit ist Verrat an Arbeitern, Frauen

Die brutale Erfahrung unter zwei Regierungen mit Präsidentinnen an ihrer Spitze – der *hacendera* (Großgrundbesitzerin) Corazon C. Aquino und Gloria Macapagal-Arroyo, Tochter eines ehemaligen philippinischen Präsidenten – sollte junge philippinische Linke und Kämpfer für Frauenrechte von jeder Illusion befreien, dass die Einsetzung einer Frau an der Spitze des kapitalistischen Staates eine bedeutende Errungenschaft für die Unterdrückten sei. In den Jahren seit Aquinos Machtantritt in der „Volksmacht“-Revolution von 1986 mussten Arbeiterfrauen weiterhin entsetzliche Bedingungen in den Fabriken und Betrieben aushalten. Der allergrößte Teil der Belegschaften in der Kleidungs-, Textil- und Halbleiterindustrie besteht aus Frauen und diese sind überwiegend jung. In diesem Land, wo über die Hälfte der Bevölkerung weniger als 30 Jahre alt ist, wird eine Frau von 25 Jahren schon fast als zu alt für die Fließbandarbeit erachtet, und „Sechsmontats-Arbeitsverträge“ sind das Äußerste, was als eine Art Festanstellung zu haben ist. Zwölfstundenschichten in schwer bewachten Fabriken, die kaum mehr als zermürbende Knochenmühlen sind, sind nichts Außergewöhnliches. Kinderbetreuung und Gesundheitseinrichtungen sind unbekannt und Frauen werden immer noch entlassen, wenn sich herausstellt, dass sie schwanger sind, damit die kapitalistischen Bosse keine Mutterschaftsbeihilfe zahlen müssen. Die geringen Gewerkschaftsrechte und Vergünstigungen, die Arbeiter – Männer und Frauen – besitzen, sind kostbare Errungenschaften, die den Kapitalisten durch militanten Kampf abgerungen wurden, oft im Zuge blutiger Auseinandersetzungen mit gekauften Schlägern des Unternehmens und dem Staat.

Der kapitalistische Staat ist keine neutrale Agentur, die man unter Druck setzen kann, im Interesse der Massen zu handeln. In seinem Kern besteht er aus den Bullen, Gerichten, Gefängnissen und der Armee – Formationen bewaffneter Menschen – und ist das Instrument bürgerlicher Herrschaft. Er existiert zur Durchsetzung und Verteidigung der „Rechte“ der Kapitalisten, Profite aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse zu pressen. Der kapitalistische Staat ist ein Repressionsinstrument gegen die Arbeiterklasse und die Unterdrückten und muss durch sozialistische Revolution hinweggefegt und durch einen Arbeiterstaat ersetzt werden.

Auf den Philippinen leiden werktätige Frauen schrecklich unter der dreifachen Last der Unterdrückung: als Frauen, als Mitglieder der Arbeiterklasse und als Einwohner einer Halbkolonie, die hauptsächlich vom US-Imperialismus unterdrückt wird. Um auch nur anfangen zu können, den

materiellen Grundstein für die Emanzipation der Frauen von häuslicher Sklaverei und allseitiger Unterdrückung zu legen, ist der revolutionäre Umsturz der kapitalistischen Ordnung durch Arbeiterrevolution und die internationale Ausweitung der Revolution notwendig. Dies erfordert vor allem den Aufbau einer marxistischen Arbeiterpartei, die für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von allen Parteien und Agenturen der Kapitalistenklasse kämpft.

Diese Perspektive ist dem menschowistischen/stalinistischen Dogma der „Zwei-Etappen-Revolution“ entgegengesetzt, wie sie vertreten wird von der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) unter der Führung von Jose Maria Sison und der Sozialistischen Partei der Arbeit (SSP) – Geistesverwandte der australischen Demokratischen Sozialistischen Partei – die sich kürzlich in die Philippinische Arbeiterpartei (PMP) auflöste, die der ermordete linke Arbeiterführer Popoy Lagman gegründet hatte.

Die von Sison geführte CCP machte mit der katholischen Kirche gemeinsame Sache und mobilisierte Arbeiterinnen, städtische Arme und Jugendliche, um dem reaktionären Arroyo-Regime zur Macht zu verhelfen. Seinerzeit bejubelten die Sison-Anhänger den „Volksmacht Nr. 2“-Putsch als einen „Sieg für das Volk“ (siehe „For Workers Revolution in the Philippines!“ [Für Arbeiterrevolution auf den Philippinen!], *Workers Vanguard* Nr. 763, 31. August 2001). Die Wahlkampfpartei der Sison-Anhänger, Bayan Muna, unterstützte Arroyo sogar bei der Senatswahl im vergangenen Jahr und war unwillig, sich der Regierung zu widersetzen, bis Arroyos Militär und antikommunistische Todesschwadronen mörderische Überfälle auf die Sison-Anhänger verübten, was mindestens 23 ihrer Führer und Unterstützer das Leben kostete.

Anders als die Sison-Anhänger und andere Bewohner des pseudolinken Sumpfes, die Frauen einfach als noch eine weitere Gruppe behandeln, die man in einer Volksfront mit dem „fortschrittlichen“ Flügel der Kapitalistenklasse mobilisieren kann, vertreten wir die Position Lenins, dass die Avantgardepartei im Kampf für sozialistische Revolution ein Tribun des gesamten Volkes zu sein hat. Anders als die meisten der philippinischen Pseudolinken, die Frauenunterdrückung als ausschließliche Angelegenheit der Frauen betrachten, vertreten wir Marxisten den Standpunkt, dass dies eine soziale Frage ist, die von der gesamten Arbeiterklasse – einschließlich der Männer – angegangen werden muss. Insbesondere ist Abtreibung keine „kleinbürgerliche“ oder

Fortgesetzt auf Seite 30

Abonniert!

Zeitung der
Spartacist League
of Australia

4 Ausgaben
€ 5,-

Bestellt bei:
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



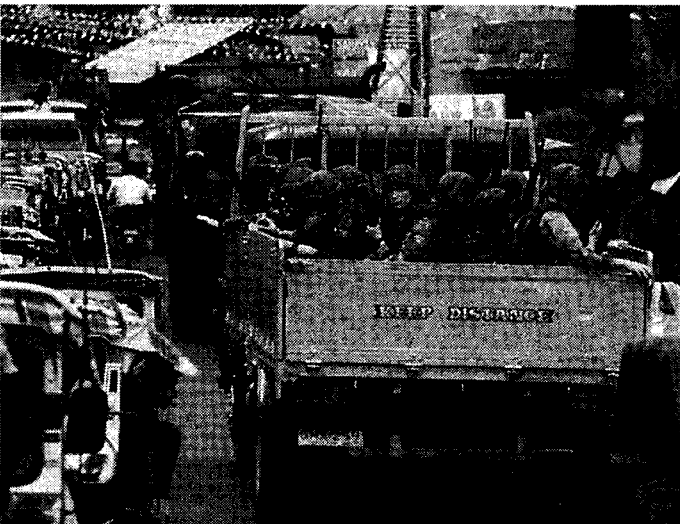
Philippinen...

Fortsetzung von Seite 29

„westliche“ Idee, die in der philippinischen Arbeiterbewegung keinen Platz habe. Das Recht auf Abtreibung ist eine sehr reale Frage von Leben und Tod auf den Philippinen, wo ledige Mütter lebenslanger sozialer Stigmatisierung und verzweifelter Armut unterworfen sind.

Frauengruppen, wie die von den Sison-Anhängern beeinflusste GABRIELA, haben die Abtreibungsfrage auf den Philippinen nicht auf angemessene Weise angesprochen. Dies nicht nur, weil in den Führungen von GABRIELA und ihresgleichen Mitglieder der religiösen Orden vertreten sind, sondern noch mehr, weil ihr Programm im Gegensatz zur sozialistischen Revolution steht. GABRIELAs Vorläufer, MAKIBAKA (die erste Frauengruppe der CPP, 1971 gegründet), bestritt, dass der Kampf für die Emanzipation der Frauen eine mächtige Antriebskraft für eine sozialistische Revolution sein kann, und ordnete den Kampf für Frauenbefreiung dem „nationaldemokratischen“ Zwei-Etappen-Kampf im Bündnis mit dem „fortschrittlichen“ Flügel der Bourgeoisie unter. Sie schrieben: „Philippinische Frauen können nicht für ihre vollständige Befreiung arbeiten, ehe nicht die philippinische Nation aus den Klauen des US-Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus befreit ist“ (*Liberation*, November/Dezember 1988). Heute sind Kapitulation vor religiöser Moral und die Weigerung, die Institution der bürgerlichen Familie in Frage zu stellen, Beweise für GABRIELAs Loyalität gegenüber ihrer „eigenen“ Bourgeoisie.

Was die Sison-Leute selbst angeht, so sind sie davor zurückgeschreckt, öffentlich für kostenlose Abtreibung einzutreten (wobei sie verschiedentlich die vage liberale Forderung nach dem „Recht, die Wahl zu haben“ oder nach dem „Recht, über Nachkommen zu entscheiden“ dafür einzusetzen) und enthielten sich in der Frage der Scheidung (für die selbst die Demokratisch-Sozialistischen Frauen eintreten, die Frauengruppe der rechtsgerichteten sozialdemokratischen PDSP) und der demokratischen Rechte für Homosexuelle (eine Angelegenheit, die die Sison-Leute ihren Sympathisanten überlassen haben). Die Sison-Anhänger spielten zusammen mit SSP und Sozialdemokraten keine geringe Rolle beim Aufbau der Arroyo-freundlichen „Volksmacht Nr. 2“-Mobilisierungen – zusammengesetzt aus Bourgeoisie, kleinbürgerlichen Berufstätigen, dem Klerus und Studenten der Eliteuniversitäten – die frauenfeindliche und gegen Homosexuelle gerichtete Beleidigungen gegen Unterstützer Estradas im Senat ausstießen.



Economist

Amerikanische Truppen auf den Philippinen, Teil des US-imperialistischen „Krieges gegen den Terror“

Als einzige in der philippinischen Linken hatte die Liga Sosyalista, die Vorläuferorganisation der SPP, die Forderung, „Abtreibung legal, kostenlos und sicher zu machen“ (*Progresibo* Nr. 4, November-Dezember 1998). Aber in dem Bemühen, die „breiteste mögliche Einheit“ zu schmieden, reichte die SPP den eifernden Abtreibungsgegnern von Pro-Life Philippines, katholischen religiösen Organisationen und Politikern der liberalen Partei wie Jovito Salonga und Wigberto Tanada die Hand und unterzeichnete im Februar eine Erklärung zum Zusammenkommen für den Frieden, die gegen die militärische Präsenz der USA eintrat und sich darum sorgte, dass „in diesem Verlauf Tausende potenzieller Touristen und Investoren vertrieben werden“ könnten. In einem Bericht über eine Konferenz in Sydney, die Ende März von der Demokratisch-Sozialistischen Partei organisiert wurde, schrieben wir in *Workers Vanguard* (19. April 2002):

„Ein Genosse der Spartacist League/Australia stellte den SPP-Führer Sonny Melencio wegen der Unterstützung der SPP für die Erklärung zum Zusammenkommen für den Frieden – mit ihrer Sorge um imperialistische Investitionen – zur Rede und argumentierte stattdessen für ein Programm der Arbeiterrevolution zur Enteignung der Kapitalisten. Als Antwort darauf bekannte sich Melencio zu einem Zwei-Etappen-Programm und sprach von der Notwendigkeit taktischer Bündnisse. Was aber der SPP-Führer als eine Taktik bezeichnet, ist in Wirklichkeit ein Programm, das das Proletariat einem mythischen ‚fortschrittlichen‘ oder ‚antiimperialistischen‘ Flügel der Bourgeoisie im Kampf für einen ‚demokratischen‘ Kapitalismus unterordnet, was zu einer zweiten ‚Etappe‘ nicht des ‚Sozialismus‘, sondern des Abschlachtens von Arbeitern und Linken führt.“

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Marxisten treten für kostenlose Abtreibung auf Wunsch und die strikte Trennung von Kirche und Staat ein und bekämpfen jegliche Erscheinungsform der Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen und ethnischen, nationalen und religiösen Minderheiten. Marxisten kämpfen dafür, dass mit patriarchalischen Praktiken, die Frauen unterdrücken, Schluss gemacht wird, wie z. B. mit der Polygamie, die auf der Unterordnung von Frauen basiert und ebenso damit, dass muslimischen Frauen das *kumbong* (Kopftuch) aufgezungen wird. Während die katholische philippinische Bourgeoisie blutigen Bürgerkrieg gegen muslimische Guerillas in Mindanao führt, erkennt sie dennoch die *sharia* (das islamische Gesetz) in der Region an und verschärft so die entsetzliche Unterdrückung muslimischer Frauen.

Der Kampf für Frauenemanzipation ist verknüpft mit dem proletarischen Klassenkampf zum Sturz des Systems kapitalistischer Ausbeutung. Wie in der Russischen Revolution von 1917 werden Arbeiterinnen im Kampf gegen kapitalistische und halbfeudale Versklavung auf den Philippinen an vorderster Front stehen. Die Bolschewiki erkannten, dass in rückständigen Gegenden der Kampf für die Emanzipation der Frauen eine mächtige Antriebskraft für die Revolution ist. Im Jahre 1924 schrieb der revolutionäre Führer Leo Trotzki über muslimische Frauen des sowjetischen Ostens:

„Das bedeutet aber zugleich, daß die in der Lebensführung, in den Sitten und Gebräuchen, in der Arbeit am meisten festgekettete orientalische Frau, die versklavteste der Sklavinnen, wenn sie – gemäß den Forderungen der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse – den Schleier abgelegt haben wird, leidenschaftlichen Durst nach neuen Gedanken, nach einem neuen Bewußtsein haben wird, die es ihr erlauben, ihre neue Lage in der Gesellschaft geistig zu artikulieren. Und es wird keinen

E.P. Dutton & Co.



Nach Russischer Revolution von 1917: erstes Treffen von politischer Gruppe junger Frauen in Taschkent, Zentralasien. Sieg der Bolschewiki war riesiger Schritt zur Frauenbefreiung im ganzen ehemaligen zaristischen Reich

besseren Genossen im Osten geben, keinen besseren Kämpfer für die Gedanken der Revolution, für die Gedanken des Kommunismus, als die erwachte arbeitende Frau.“

Für die philippinische Arbeiterklasse und für Frauen und Jugendliche der breiten Bevölkerung ist Arbeiterrevolution auf den Philippinen eine Frage von Leben und Tod. Doch die Errungenschaften, die durch eine sozialistische Revolution ertrudt werden, werden angesichts eines feindseligen Imperialismus nur kurzlebig sein. Darüber hinaus wird es, insbesondere auf den verarmten Philippinen, nur durch die internationale Ausweitung der Revolution möglich sein, den Sozialismus aufzubauen und damit die vollständige Emanzipation der Frauen zu verwirklichen. Der Kampf für proletarische Macht auf den Philippinen muss mit der Perspektive einer internationalen proletarischen Revolution verbunden werden, vor allem in den imperialistischen Zentren USA, Japan, Australien und Westeuropa. Die Millionen zählende Diaspora philippinischer Arbeiter auf der ganzen Welt stellt eine lebende Brücke zwischen den Klassenkämpfen auf dem

Archipel und denen des Nahen Ostens, Nordamerikas und anderswo dar. Der Schlüssel zum Sieg liegt in der Schmiebung einer internationalistischen leninistisch-trotzkistischen Partei gegen alle Formen des Nationalismus und der Klassenzusammenarbeit.

Die Spartacist League, US-Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, kämpft gegen jedwede Verwüstung, die der US-Imperialismus auf den Philippinen, im Irak und weltweit anrichtet. Als Teil unseres Kampfes gegen den Imperialismus und zur Verteidigung der arbeitenden Menschen und der Unterdrückten auf der ganzen Welt treten wir ein für bedingungslose militärische Verteidigung der sozialen Errungenschaften in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Vietnam und Kuba gegen imperialistischen Angriff und kapitalistische Konterrevolution. Schließt euch der IKL im Kampf für neue Oktoberrevolutionen, für die Befreiung der Frauen und aller Unterdrückten an!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 790,
1. November 2002



SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische
Quellensammlung
der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 22, Sommer 2001

€ 1,50
(im Abo des *Spartakist*
enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601,
Postbank
Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60

Frauen und Revolution

Gebundene Ausgabe

Wir sind stolz, die erste gebundene Ausgabe von *Women and Revolution* zu präsentieren, Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S. *Women and Revolution*, jetzt integriert in *Spartacist*, die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), widerspiegelt unsere Verpflichtung auf den Kampf für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution.

Dieser Band, in Leinen gebunden und mit ausführlichem Sachregister, enthält die Ausgaben Nr. 1 (Mai/Juni 1971) bis-Nr. 20 (Frühjahr 1980)

€ 27,-

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Konto
119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

Frauen und Revolution



Arroyo-Regime verbietet „Pille danach“

Kirche und Staat gegen Frauen auf den Philippinen

N.Y. SPARTAKIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025



AFP



Action Press

Präsidentin Arroyo inspiziert Truppen nach brutalem Vorgehen gegen Demonstranten im Mai 2001. Rechts: Slum in Manila zeigt elende Lebensbedingungen der Massen

Empfängnisverhütung und die jüngste Gesetzgebung zur Einführung eines Gesundheitsvorsorge- und Sexualberatungsprogramms für Frauen und Mädchen auf den Philippinen werden von der Bourgeoisie unter Führung der rechtsgerichteten Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo und der römisch-katholischen Kirche scharf angegriffen. Die Arroyo-Regierung, eingesetzt im Januar 2001 von der im Makati Business Club, dem Militär und der mächtigen katholischen Kirchenhierarchie konzentrierten Bourgeoisie durch einen sogenannten „Volksmacht“-Putsch – mit Unterstützung der stalinistischen und sozialdemokratischen Linken –, verbot kürzlich Postinor, eine „Pille danach“, mit der Begründung, sie verletze die drakonischen Anti-Abtreibungsgesetze des Landes. Das ebnet weiteren Angriffen der philippinischen Bourgeoisie auf den streng begrenzten Zugang zur Geburtenkontrolle den Weg und verschärft die entsetzliche Unterdrückung der Frauen im Lande weiter.

In diesem zu 80 Prozent katholischen Land ist die Frauenfrage eine zentrale und explosive Angelegenheit. Die Verfassung von 1987 beinhaltet eines der strengsten Abtreibungsgesetze der Welt, und als die philippinische Bourgeoisie inmitten eines Kreuzzugs gegen „Sexualverbrechen“ Ende der 90er-Jahre die Todesstrafe wieder einführte, wurde auch ein neues Abtreibungsgesetz vorgeschlagen, das sowohl über die Frau als auch den Arzt die Todesstrafe ver-

hängen sollte. Infolge des Widerstands von Gegnern der Todesstrafe und Bürgerrechtlern wurde die Todesstrafe zeitweilig ausgesetzt, jetzt gab ihr Arroyo wieder grünes Licht und ihre Regierung will sie auch für diejenigen einführen, die sie für „Terroristen“ hält. **Legalisierung von Postinor! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Weg mit der Todesstrafe!**

Es ist keine Überraschung, dass sich Arroyo mit der Kirche identifiziert. Sie ist nicht nur ein ergebener Lakai des US-Imperialismus und eine Verehrerin der ehemaligen rechtsgerichteten britischen Premierministerin Margaret Thatcher, sondern erklärte auch, als sie für den Senat kandidierte: „Mein Standpunkt [zur Familienplanung] ist der der Kirche.“ Gleich nach der Entmachtung des kapitalistischen Politikers Joseph „Erap“ Estrada, eines selbsternannten „Mannes der Massen“, dessen Sturz durch Vorwürfe von „Unmoral“ und Korruption ausgelöst wurde, war eine der ersten Maßnahmen Arroyos das Verbot eines Films, der die entsetzlichen Umstände aufdeckt, denen die Arbeiterinnen im Sexgewerbe des Landes ausgesetzt sind.

Die Angriffe auf Frauenrechte seitens der Rechten erfolgen vor dem Hintergrund einer wachsenden linken Bewegung, aufschäumender Wut über kapitalistische Ausbeutung und der drohenden Vertreibung Tausender Filipino-Arbeiter im Nahen Osten als möglicher Folge einer Invasion des Iraks durch die Vereinigten Staaten, die

Fortgesetzt auf Seite 28

Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch!